

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 18. April 1929  
11. Jahrg. Nummer 89

Verl. ist täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Preis: wöchentlich 0,80 M., monatlich 2,80 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,50 M., unter Strafband 4,00 M. Anzeigenpreis: Die Jahrgangswerbung in Millimeterzeilen oder deren Raum 12 Pf., Einzel- und Werbeanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die dreizehnbändige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme: In der Haupt-Expedition 1 Uhr; in der Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlessien und Oberschlessien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Verlagsabteilung:** Berlin 10, Kottbuscher Str. 90, Tel. 240 34.  
**Verlagsabteilung:** Breslau 54, Redaktionsgebäude, Kottbuscher Str. 50, Tel. 239 02. **Verlagsabteilung:** Danzig 12-13, Marienplatz, Tel. 17-18. **Verlagsabteilung:** Leipzig, Oberstr. 28, Tel. 4085; **Verlagsabteilung:** Chemnitz, Markt 11, Tel. 1244; **Verlagsabteilung:** Gera, Markt 11, Tel. 1244; **Verlagsabteilung:** Halle, Markt 11, Tel. 1244; **Verlagsabteilung:** Magdeburg, Markt 11, Tel. 1244; **Verlagsabteilung:** Potsdam, Markt 11, Tel. 1244; **Verlagsabteilung:** Regensburg, Markt 11, Tel. 1244; **Verlagsabteilung:** Stuttgart, Markt 11, Tel. 1244; **Verlagsabteilung:** Weimar, Markt 11, Tel. 1244.

## Um was geht es in Paris? Die Widersprüche der Reparationen

Der Dawes-Plan funktioniert nun bereits fünf Jahre. Neue Momente sind inzwischen eingetreten. Die deutsche Wirtschaft hat sich entwickelt, aber mit diesem Aufschwung zeigen sich in zunehmendem Maße neue Schwierigkeiten. Der Gegensatz zwischen dem englischen Imperialismus, welcher sich noch immer in einer schwierigen Situation befindet, und dem amerikanischen ist gewachsen. Der französische Kapitalismus hat sich ungeheuer entwickelt. Die imperialistischen Mächte sind mehr an der „Eroberung des russischen Marktes“ interessiert. Den gegenwärtigen Schwierigkeiten des Kapitalismus liegt vor allem die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt zugrunde.

Unter diesen Verhältnissen tauchten in der Frage der Reparationszahlungen Deutschlands neue Probleme auf. Die gegenwärtig in Paris tagende Sachverständigenkonferenz sucht die „Lösung“ dieser Probleme einen Schritt vorwärts zu bringen, ein erfolgloses Bemühen. Reparation heißt wörtlich

### Wiedergutmachung

Dieses heuchlerische Wort sollte den Gewaltcharakter des Versailler Friedens verschleiern. Die Höhe dieser neuen Tribute wurde im

„Friedensvertrag“ nicht bestimmt, vielmehr einer sogenannten Reparationskommission übertragen. Allerdings wurde bereits im „Friedensvertrag“ Deutschland eine ganze Reihe von Leistungen in bar und in Sachwerten auferlegt, aber über die Höhe der weiteren Zahlungen war zunächst keine Einigung zu erzielen.

Von Bedeutung ist der Verteilungsschlüssel der Reparationen, der 1920 in Spa ausgearbeitet wurde. Nach ihm bekommt Frankreich 52 Prozent, England 22 Prozent, Italien 10 Prozent, Belgien 8 Prozent (später 4½ Prozent) und die übrigen Länder 8 Prozent der deutschen Zahlungen.

Der Dawes-Plan von 1924 legte die Zahlungen Deutschlands genau fest, ohne jedoch über die Dauer Entscheidungen zu treffen. Nach diesem Plan hat Deutschland Zahlungen zu leisten aus dem Reichshaushalt, aus Eisenbahnobligationen und Beförderungssteuer und aus Industrieobligationen. Die Zahlungen aus dem Haushaltsbeitrag „normalerweise“ 1250 Millionen Mark (seit 1928/29). Sie sind in folgender Weise gemacht:

1926/27 . . . . .	110 Millionen Mark
1927/28 . . . . .	500 Millionen Mark
1928/29 . . . . .	1250 Millionen Mark

## Litwinow rechnet ab!

### Sowjetrußland schlägt erneut völlige Abrüstung vor

Genf, 16. April. In der heutigen Sitzung der Abrüstungskommission verlangte der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, eine eindeutige Erklärung, ob in der Kommission eine zweite Lesung des Entwurfs vorgenommen werden soll, wie das in der letzten Sitzung beschlossen worden sei. Der Präsident Loudon erklärte daraufhin, daß die Beratung der noch strittigen Punkte schon eine Art zweiter Lesung bedeute. Diese Feststellung des Präsidenten betrachtet der „Abend“ vorwärts als einen „Achtungserfolg“ in Genf, wozu sich selbst nicht einmal die ausgesprochen bürgerlichen Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ aufschwingen.

In der Sitzung hielt der Vertreter der Sowjetunion, Genosse Litwinow, eine längere Rede, die eine heftige Kritik an der ganzen bisherigen Arbeit der Abrüstungskommission war.

Der Genosse Litwinow kritisierte in seiner Rede außerordentlich scharf die bisherigen Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes, hob den praktischen Wert und die Bedeutung der sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge hervor und wies mehrfach darauf hin, daß zwischen den Großmächten, vor allem England und Frankreich, eine Einigung in mehreren Fragen zustande gekommen sei, jedoch an Stelle der bisherigen Gegenstände neue schwere Gegenstände zwischen England und Frankreich einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits entstanden seien.

Litwinow betonte, es handle sich bei der Erörterung des Arbeitsplanes des Abrüstungsausschusses um die Grundfrage, ob man in der bisherigen Unvollständigkeit der Arbeiten verbleiben solle oder ob der Ausschuss einen Schritt vorwärts zur Lösung des Abrüstungsproblems machen könne. Der eigentliche Zweck des vom Präsidenten des Ausschusses vorgelegten Arbeitsplanes sei, eine glatte Ablehnung der sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge herbeizuführen. Litwinow entwickelte sodann seine Auffassung über die bisherigen Arbeiten des Ausschusses, die er als völlig ungenügend bezeichnete. Es sei bekannt, daß große Gegenstände von vornherein in einzelnen Fragen bestanden hätten. Während jedoch England und Frankreich zu einer Zwischenslösung, unter ausschließlicher Berücksichtigung der eigenen Interessen, gelangt seien, sehe man jetzt neue große Gegenstände auftreten, und zwar bedingt durch das englisch-französische Abkommen und die hierdurch geschaffenen Gegenstände zu der Regierung der Vereinigten Staaten auf der einen Seite und Italien auf der anderen Seite. Wenn der Abrüstungsausschuss in der bisherigen Weise fortfahren würde, so würden auch die größten Optimisten nicht sehr an eine Abrüstung glauben können. Ein Jahr sei jetzt vergangen, nachdem man zum letzten Male zusammengetreten sei, ohne daß sich irgend etwas in der Lage geändert hätte. Litwinow wies mit großem Nachdruck darauf hin, daß die Gefahr eines Krieges heute nicht mehr zu leugnen sei.

Die sowjetrussische Abordnung werde ihren Vorschlag auf die völlige Beseitigung sämtlicher Rüstungen auf der allgemeinen internationalen Abrüstungskonferenz von neuem vorbringen.

### Weitere Siege Roter Betriebsräte

Wien, 17. April. Nach dem überwältigenden Sieg, den die Gewerkschaftsopposition bei der Betriebsratswahl der Wiener Straßenbahn gehabt hat, gelang es ihr jetzt, beträchtliche Fortschritte bei den Betriebsratswahlen der übrigen städtischen Betriebe zu erreichen. Die

Opposition, die im vorigen Jahre hier überhaupt nicht vertreten war, ging mit einer eigenen Liste in den Wahlkampf und erhielt zehn Sitze im Arbeiterrat. „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, schreibt zu diesen Wahlen: „Das Resultat zeigt einen starken Zug nach der äußersten Linken. Dies ist ein Zeichen der Denkwende eines großen Teiles der städtischen Arbeiter.“

Am 17. April. Auf der großen Kieler Werft, der Germania-Werft, fanden die Betriebsratswahlen statt. Die Opposition, die bisher im Betriebsrat überhaupt nicht vertreten war, errang vier Sitze.

### Am 1. Mai Straße frei!

Der große chemische Betrieb der Glukinwerke in Ludwigshafen entschied sich mit 88 Prozent der Belegschaft für Arbeitsruhe am 1. Mai.

Die Baustelle Lingesleben, J. G. Farben-Fabrik Walsleben, beschloß gegen nur 5 Stimmen am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und sich an den revolutionären Demonstrationen zu beteiligen.

Das Gewerkschaftskartell Kellbra beschloß eine einheitliche Maidemonstration unter revolutionären Losungen. Die reformistische Führung der Baugewerkschaft ließ aber erklären, daß für die Bauarbeiter eine Maifeier mit dem ADGB-Kartell nicht in Frage komme!

Die Mitgliedserversammlung der Sektion der Fleischer im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband Halle nahm einstimmig eine Resolution für die Arbeitsruhe und eine einheitliche Maidemonstration an.

Die am Montag von der Opposition einberufene Funktionärerversammlung des Berliner Chemiekartells nahm einstimmig eine Resolution an, in der unter Hinweis auf die revolutionäre Geschichte und die Bedeutung des 1. Mai und unter dem schärfsten Protest gegen das Verbot Jörgiebel's folgende Parolen ausgegeben wurden:

**Straße frei am 1. Mai! Demonstriert gegen die imperialistische Kriegspolitik, gegen die Reaktion, gegen Spaltung und Ausschläge, für den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter für die siegreiche proletarische Revolution!**

Ähnlich beschlossen: eine tagende Vollversammlung der Möbelträger Groß-Berlins, trotz Widerspruch des anwesenden Verbandsvertreters bei 500 Anwesenden gegen 2 SPD-Stimmen, ebenfalls die am 10. April tagende Generalversammlung der freien Vereinigung der Straßenhändler Groß-Berlins in Haverlands Festjalen, die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterräte des Döram-Maschinen- und Glaswerke Spanbau, die am 12. April tagende Betriebsversammlung der Firma Dr. Georg Seibt, ferner die Belegschaft Wiemer und Trachte, sowie eine Reihe weiterer großer Betriebe.

Die schlesischen und ober-schlesischen Betriebsbelegschaften dürfen den Kollegen im Reich nicht nachsehen. Überall muß beschlossen werden: Am 1. Mai Arbeitsruhe und Demonstration unter revolutionären Losungen!

Wir sehen also in diesem Jahre eine ungeheure Steigerung. Woher nimmt der Staat das Geld dazu?

Die Sachverständigen des Dawes-Planes sahen vor, die Einnahmen Deutschlands aus den breitetsten Massenkeuern, nämlich den Abgaben von Branntwein, Bier, Zucker und Tabak sowie die Zölle, als Pfänder für die Reparationszahlungen zu beschlagnehmen. Von Jahr zu Jahr erbrachten diese verpfändeten Einnahmen mehr.

**Einnahmen aus Bier, Zucker, Tabak, Branntweinsteuer und Zöllen:**

1924/25 . . . . .	1,70 Milliarden Mark
1925/26 . . . . .	1,97 Milliarden Mark
1926/27 . . . . .	2,72 Milliarden Mark
1927/28 . . . . .	2,85 Milliarden Mark

**Die Dawes-Raketen der Reichsbahn**

Die zweite Art der Zahlungen sind solche für Eisenbahnobligationen. Die Reichsbahn wurde bekanntlich in eine Aktien-gesellschaft mit einem Kapital von 26 Milliarden Goldmark umgewandelt, von welchem Kapital 11 Milliarden als Schuldverschreibungen ans Ausland gegeben wurden, für die fünf Prozent Zinsen und ein Prozent Tilgung im Jahre zu zahlen sind. Es ergibt sich dadurch vom Jahre 1928/29 an eine jährliche Zahlung von 660 Millionen Mark.

Ebenfalls sind Schuldverschreibungen, lautend auf fünf Milliarden Mark, ausgegeben worden, die sich auf die deutsche Industrie beziehen und für die in gleicher Weise wie bei den Eisenbahnobligationen Zinsen zu zahlen sind. Sie machen einen jährlichen Betrag von 300 Millionen Mark aus.

Die Jahresleistung an Reparationszahlungen, die sich aus 660 Millionen Mark für Eisenbahnobligationen, 290 Millionen Mark aus der Beförderungssteuer, 300 Millionen Mark für Industrieobligationen und 1250 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt zusammensetzt, beträgt demnach 2,5 Milliarden Mark. Sie ist von Jahr zu Jahr gewachsen?

1924/25 . . . . .	1000 Millionen Mark
1925/26 . . . . .	1220 Millionen Mark
1926/27 . . . . .	1500 Millionen Mark
1927/28 . . . . .	1750 Millionen Mark
1928/29 . . . . .	2500 Millionen Mark

### Das Transferproblem

Ein wichtiges Ergebnis des Dawes-Planes war die strenge Unterscheidung zwischen der Aufbringung dieser Summe und ihrer Uebertragung in die fremden Währungen.

„Transferieren“ bedeutet Uebertragen. Bei einer in großem Maße erfolgenden Umwandlung der Reparationsbeträge in fremde Währung entsteht die Gefahr einer Entwertung der Mark und Erschütterung der Währungsstabilität. Das Dawes-Komitee führte deshalb die Transferklausel ein, d. h. die Vorschrift, daß die Uebertragung der Reparationszahlungen nur so weit erfolgen darf, als sie die deutsche Währung nicht gefährdet. Das geschieht in folgender Form: Die deutsche Regierung zahlt die Reparationen in Mark auf das Konto des Reparationsagenten bei der Reichsbank ein. Die Aufgabe der Umwandlung in fremde Währung obliegt dann dem Transferkomitee, das der Reichsbank eine Direktivpolitik im Interesse des Transfers vorschreibt.

England und späterhin Frankreich haben sich durch die 26prozentige Einfuhrabgabe

auf Grund des sogenannten „Reparation Recovery Act“ die regelmäßige Umwandlung eines Teiles der ihnen zustehenden Beträge gesichert. Auf Grund des Recovery Act wird von allen nach England oder Frankreich gelieferten deutschen Waren ein Betrag von 26 Prozent des Kaufpreises der betreffenden Waren in Pfund Sterling bzw. Franc einbehalten, den die deutschen Exporteure vom Reparationsagenten aus dem Konto, das er bei der Reichsbank hat, in Mark zurückerstatet bekommen.

Es kann also auf diesem Wege nur ein kleiner Betrag transferiert werden. In bar wurden im verflochtenen Reparationsjahr 460,4 Millionen Mark übertragen. Ein großer Teil der Zahlungen, nämlich 724,5 Millionen Mark im vergangenen Jahr, erfolgt durch die sogenannten

**Sachlieferungen,**

d. h. durch direkte Lieferung von Waren, die dann vom Reparationsagenten den deutschen Lieferanten in Mark bezahlt werden. Hierbei erfolgt also überhaupt keine Umwandlung in die fremde Währung. Die Sachlieferungsbeträge sind von 667 Millionen Mark im Jahre 1925/26 auf 968 Millionen Mark 1927/28 gestiegen.

Die Transferfrage ist in jeder Hinsicht, sei es als Frage der Beschaffung ausländischer Devisen oder sei es als Frage der Sachlieferungen, eine Frage des Abfluges von Waren auf dem Weltmarkt. Zunächst können die Ueberschüsse der Zahlungsbilanz, die den Transfer ermöglichen, nur durch Steigerung des Exports zustande kommen. Der Sachlieferungsexport wird durch die aus den breiten Massen für Reparationszwecke herausgeholtene Steuern finanziert. In der Transferfrage zeigt sich der ganze innere Widerspruch



über Reparationen, da der erforderliche Export auf zunehmende Schwierigkeiten stößt.

Auf der kurzzeit in Paris tagenden Sachverständigenkonferenz ist nun vorgelesen worden, für einen Teil der deutschen Reparationszahlungen den Transferschub aufzuheben. Darum? Deshalb, weil ein Teil der Zahlungen „kommerzialisierbar“ werden soll.

### Kommerzialisierung der Reparationen

hat ihre Verwandlung aus einer Schuld an Staaten in eine Schuld an Private zum Ziel. Ein Teil der Reparationsverpflichtungen soll in Form einer Schuldverschreibung, für die Deutschland regelmäßig Zinsen zu zahlen hat, auf dem Weltmarkt geäußert werden.

Die deutschen Kapitalisten sind mit dieser Kommerzialisierung einverstanden unter der Bedingung, daß eine Herabsetzung der Zahlungen stattfindet. Durchgeführt werden soll die Kommerzialisierung von einer großzügig angelegten

#### Reparationsbank.

Die Reparationsbank hat ferner die Aufgabe, die Zahlungen weiterzuleiten und zu verteilen. Auch die Sachlieferungen sollen von ihr finanziert und außerdem große Geldgeschäfte getätigt werden. Die Reparationsbank istletzt Sachlieferungen, zu deren Empfang nur Reparationsgläubiger Berechtigter sind, auch an dritte Staaten weiter. Diese Bank würde gewaltige Geldmittel in ihren Händen konzentrieren und war von den amerikanischen Sachverständigen in Form eines Weltkreditinstituts als ein neues Herrschaftsinstrument des amerikanischen Imperialismus ins Auge gefaßt worden. England und Frankreich stimmten diesem Projekt unter der Bedingung zu, daß sie an den Geschäften der Reparationsbank führend beteiligt werden.

Die Höchstjahresleistungen der Alliierten an Amerika betragen rund 1650 Millionen Mark; sie wünschen, daß Deutschland diese Schuld übernimmt. Dadurch wäre Deutschland zu einer dauernden Verschuldung mit ihnen gezwungen; denn dann würde die Verschuldung Europas an den amerikanischen Imperialismus konzentriert werden.

Damit ist aber auch der sofortige

### Wortstoß gegen die Arbeiterklasse

verbunden.

Um die deutsche Industrie konkurrenzfähig zu gestalten, ist eine gesteigerte Akkumulation von Kapital erforderlich. Dieser Akkumulationsbedarf führte zu einer chronischen Kapitalnot in Deutschland. Die Behebung dieser Kapitalnot ist das entscheidende Problem für die deutschen Kapitalisten, ein Problem, das in einer besonderen Stärke infolge der Reparationszahlungen auftritt. Um den dringenden Kapitalbedarf zu befriedigen, mußten die deutschen Kapitalisten in gewaltigem Umfang Kapital einführen, weit über die Höhe der bisherigen Reparationszahlungen hinaus. Natürlich sind für das importierte Kapital Zinsen zu zahlen. Die wachsende Zinslast kommt zu den Reparationszahlungen hinzu, so daß jetzt

jährlich mindestens 3 1/2 Milliarden Mark an das Ausland

abzuführen sind. Infolge der Kapitaleinfuhr sind die Transferschwierigkeiten noch gar nicht in ihrer ganzen Schärfe zum Ausdruck gekommen.

Die gewaltige Kapitalakkumulation muß jedoch in Gefahr kommen, je mehr der Absatz auf dem Weltmarkt erschwert wird und je mehr die Konjunktur abzusinken droht.

Die deutschen Kapitalisten befinden sich also in einer widersprüchlichen Lage. Sie müssen höhere Tribute zahlen, aber die Möglichkeit, diese zu beschaffen und diese so zu beschaffen, daß die eigene Kapitalakkumulation möglichst wenig beeinträchtigt wird, wird immer geringer.

Die sich aufspinnende internationale Krise des Kapitalismus führt in allen imperialistischen Staaten zu einem verstärkten arbeiterfeindlichen Kurs. Die Arbeiterklasse Englands, Frankreichs und Amerikas muß gemeinsam mit der deutschen und russischen den Kampf aufnehmen. In der Arbeiterklasse liegt es, zu erkennen, daß es in dieser Frage keine friedliche Lösung gibt. Sie darf nicht zulassen, daß die vereinten Kapitalisten ihre Schwierigkeiten durch einen Überfall auf Sowjetrußland zu lösen versuchen, sie muß sich dagegen wehren, daß die Kapitalisten durch Senkung des Reallohnes und Verlängerung der Arbeitszeit die Reparationschwierigkeiten auf dem Rücken der Arbeiter auszutragen suchen. Die Offensivfront gegen den Kapitalismus zu organisieren, das ist die Aufgabe, die vor uns steht.

## Nach Geveering droht A.D.-Verbot au

Ihm ist die Geschichte des Panzerkreuzers „Uebel geworden“

Miel, 17. April.

Auf der in Kiel stattfindenden Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei hat Geveering am Sonntag interessante Bemerkungen über die militärischen Leistungen der deutschen Bourgeoisie, den Panzerkreuzer „A“ gemacht. „Mir ist die Geschichte dieses Panzerkreuzers jetzt allmählich zu einem Uebel geworden“, sagte der Reichstagsmitglied. „Aber wir müssen die neuen Steuern zahlen, die der Sozialdemokrat Hilferding den Verteidigern aufbürdet? Über seine eigene Arbeit im Ruhrgebiet, wo er den Unternehmern die Arbeiter wieder in die Betriebe jagte!“

Geveering drückte seine Zufriedenheit darüber aus, daß die Leistungen unbeschränkt weitergehen und die Sozialdemokratie sich den militärischen Wünschen der Bourgeoisie gefügt habe; sonst hätte nämlich die Koalition scheitern können und „das wäre ein großes Unglück für das deutsche Volk geworden“. Wieso, hat Herr Geveering leider nicht gesagt. Meint er vielleicht die neuen Steuerlasten, die der Sozialdemokrat Hilferding den Verteidigern aufbürdet? Oder seine eigene Arbeit im Ruhrgebiet, wo er den Unternehmern die Arbeiter wieder in die Betriebe jagte?

Dem Plaidoyer für die militärischen Leistungen der deutschen

Bourgeoisie, das gerade jetzt angesichts der Genfer Abrüstungskonferenz besonders interessant ist, folgte eine Drohung an die Adresse der kommunistischen Partei, von der er die unbedingte Respektierung des Gesetzes des bürgerlichen Klassenstaates verlangte.

„Sonnig“ warte eine Einigung der Freiheit der Verfassung herbeigeführt auf verfassungsgemäßem Wege, eintraten.“

Der „Kleine Metallarbeiter“ nannte dabei ausdrücklich die kommunistische Partei und beklagte alle nochmals die von Geveering angekündigte und vorbereitete Absicht des Verbots der kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes.

Er wurde schon zweimal zum Richter der Bourgeoisie, damals in den Jahren 1910 und 1920, als er im Ruhrgebiet zwar nicht sozialisierte, aber die weißen Arbeiter von der Rote lieh und mit ihnen die Front der revolutionären Arbeiter geschmaltzte. Jetzt glaubt er, zum dritten Schlag, diesmal im ganzen Reich, auszuholen zu müssen. Schon begibt ihn die herrschende Klasse als den launischsten nationalen Diktator, der mit dem 45 die revolutionäre Welle brechen werde. Aber schon rüffel auch die Arbeiterschaft, um ihm zum Trotz die Siege an der Betriebsratfront durch den Massenmarsch zu bekräftigen und die Regierung der Massenverhungering zu kürzen.

## Streikverschärfung in Wien

Wien, 17. April. Der Streik der Wiener Autoarbeiter hat sich heftig verschärfte. Die kämpfende Arbeiterschaft steht jetzt hinter der A.D. und wählt ihre eigenen Streikleitung aus. Die Reformisten haben die Generalstreik gegen den Streik eingeleitet. Die reformistischen Betriebsräte haben in Sitzungen über das Bohrenende beschlossen, auf Grund irgendwelcher vorgetauichten Lohnverbesserungen, den Streik als „beendet“ zu erklären und die Streikunterstützung zu sperren. Die Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern dauern an, haben aber bloß derartige Resultate ergeben, daß selbst die Reformisten es nicht wagen konnten, mit diesem Angebot die Arbeiterschaft in die Betriebe zurückzutreiben.

Eine Demonstration der A.D. für das Streikrecht der Lehrlinge und gegen die Ausbeutung der Lehrlinge, für die Forderungen der Berufsständler und Lehrlinge, die im Anschluß an den dritten Wiener Schulrätterkongreß am Sonntag geplant war, wurde vom Wiener Polizeipräsidenten verboten, während der Faschisten aufmarsch im Ausbiss am gleichen Tage nicht nur gekattet war, sondern auch vollen Polizeischutz genos.

### Streik bei den Hamburger Del- und Petroleumfirmen

Hamburg, 17. April. Wegen Lohnunterschieden sind die Arbeiter aller Del- und Petroleumfirmen im Hamburger Petroleumhafen in den Streik getreten.

## Alle Räder stehen still...

Ein ganzes Jahr voller Arbeit, ein ganzes Jahr, das der Hervorbringung von Werken gewidmet ist, aus denen andere Wohlleben, Luxus und Macht ziehen, und nur ein Tag, den die Arbeiterschaft selbstherrlich zu ihrem und nur zu ihrem Festtage bestimmt hat und der in der bürgerlichen Welt wie eine trotzige Warnung dasteht:

Alle Räder stehen still,  
Wenn dein starker Arm es will!

Längst ehe der Tag anbricht, haben sich schon die Feinde zusammengerottet, um dem Weltfeiertag den Garaus zu machen. Und an allen Ecken und Enden spitzt Polizei und Unternehmertum bereits den Bleistift, um die vaterlandlosen Gezellen zu notieren.“

(Aus dem Maiartikel des „Vorwärts“ vom 1. Mai 1914.)

### Kommunistenverfolgung in Frankreich

Paris, 17. April. Wegen Aufregung des Militärs zum Ungehorsam ist der Redakteur der „Humanité“, Paul Bourgot verhaftet worden.

Gleichzeitig nahm die Polizei eine Hausdurchsuchung nach verbotenen Soldatenschriften vor. Außerdem hat der Innenminister ein Sportfest der Arbeiterschaft verboten mit der Bezeichnung Begründung, daß die Kommunisten solche Gelegenheiten zur Propaganda benutzten.

### Betriebsratswahlen in Mostau

Mostau, 17. April. Die Neuwahlen zu den Betriebsräten (Betriebskomitees) haben begonnen. Bis jetzt wurden die Neuwahlen in elf Betrieben mit einer Gesamtbeteiligung von 8054 Arbeitern durchgeführt, in denen die Wahlbeteiligung 70 Prozent erreicht. Im Wolltextil-Reguliersbetrieb beträgt die Wahlbeteiligung 92 Prozent. Die Wahlversammlungen nehmen den Charakter von Produktionsberatungen an. Die Arbeiter treten mit einer Kritik der Produktionsverhältnisse auf, bringen Vorschläge zur Verbesserung und Umgestaltung der Produktion ein und ergreifen die Initiative zu neuen Maßnahmen. Außer den Fragen der Produktion und der Arbeitsverhältnisse stehen auch Fragen des Kulturlebens auf der Tagesordnung. In offener Selbstkritik werden die Arbeiten der sogenannten Kulturkommissionen unter die Lupe genommen. Die Kandidatenlisten werden in offenen Belegschaftsversammlungen aufgestellt und der öffentlichen Kritik unterworfen.

### Vom Tage

Die für den Sonntag angekündigte Kundgebung der Nationalsozialisten in Bochum war ein völligem Misserfolg. Die öffentlichen Versammlungen am Sonntageabend zeigten gähnende Leere. Zur Demonstration am Sonntag trat statt der angekündigten 6000 nur der vierte Teil, knapp 1500 Nazis, an.

Der Kafflerer der Bezirksparlamente Ludwig Lust, der Nazi Aktivist, wurde wegen Unterschlagung von 35 000 bis 40 000 Mark verhaftet.

Im Preussischen Landtag erlangte die Vorlage zur gewerblichen Besteuerung der freien Berufe nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Kurz vor Redaktionsschluss erfahren wir in der Angelegenheit des Baudirektors Blich vom Kanalisationsverband für das Beselbachtgebiet, daß Baudirektor Blich nicht wieder seinen Dienst aufgenommen hat, sondern weiter beurlaubt bleibt.

## BRENNENDE RUHR VON K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt, Th.

Was der Offizier des Generalkommandos bei der geheimen Besprechung in der Wohnung des Geheimdirektors andeutete, wurde bereits über Nacht blutige Wirklichkeit. Solange sich die bewaffnete Konterrevolution zerschließt, bewahren auch die freitenden Arbeiter des Industriegebietes bewundernswürdige Ruhe. Daß man sich nicht allein auf die passive Waffe der beschränkten Arme verließ, war nur ein Beweis dafür, daß die Arbeiter aus den Ereignissen Lehren gezogen hatten. Man holte sich die Waffen von den Einwohnern, Krieger- und Schützenvereinen und aus den ausgespürten Geheimdepots der illegalen Militärverbände. Es fiel allein in die Hände der Arbeiter eine Wahnsendung von zehntausend Gewehren in die Hände. Aber obwohl diese Waffen nirgends zu irgendwelchen Gewalttaten benutzt wurden, erhob sich sofort ein großes Geschrei. Nicht nur bei den mit Kapp verbündeten Reaktionsären, sondern auch bei den sogenannten Republikanern.

„Waffen in Arbeitshänden?“

Das war in den Augen der Oberbauern eine ebenso große Gefahr wie in denen der Kapp-Luttwitz. Beide Parteien, die sich soeben noch drohend gegenüberstanden, wurden sich sofort klar, daß dieses „Verbrechen“ verhindert werden mußte. Gatten die Kappisten zu Beginn ihres überreifen Putschs noch gehofft, die revolutionäre Arbeiterschaft durch Versprechungen wenigstens so lange zu neutralisieren, bis man das Staatsruder selbst in der Hand habe, so änderten sie doch sofort die Taktil, als man auf den entschlossenen Kampfwillen der Arbeiter stieß. Am 13. März brach der Putsch, wenige Stunden später der Generalkrieg, aus, und bereits am Tage danach ordnete das Generalkommando Münster den militärischen Aufmarsch gegen die Arbeitshände an. Nicht, ohne sich vorher des hilflosigen Einverständnis der in Frage kommenden sozialdemokratischen Regierungsumwirte Sebering und Neßlich zu verschern. Dieses Vorgehen fand auch später die volle Billigung der alten Regierung.

Ueber Nacht war vergessen, daß diese Truppen ja am ersten und gründlichsten Ruhe und Ordnung geföhrt hatten. Aber die Erwartung, daß die Arbeiterschaft sich von den in noch blutiger Erinnerung

stehenden Truppen des Generals Ritter widerspruchlos entwaffnen lassen und damit auf Gnade oder Ungnade ausliefern würde, fand eine überraschende Enttäuschung. Am 16. März wurden Teile des Freilozps Lichtschlag bei Wetter und Herbede vernichtet geschlagen. Mit Hilfe der erbeuteten Waffen gelang es am Tage darauf, in Dortmund das Gros des Freilozps und die mit ihm verbündete Polizei und Einwohnervwehr nach erbittertem Straßenkampf zu zerstreuen.

Gleichzeitig kam es in Herden, Drenne, Barmen, Essen, Heiligenhaus und anderen Orten zu spontanen Kämpfen, in denen überall die Arbeiterschaft Sieger blieb. In Remscheid, wo das Freilozps Lüchow mit klingendem Spiel einen provozierenden Paradeumzug unter schwarzweißroten Fahnen durch die Stadt unternahm, wurden die Kappbanditen nach achtzehntägigem Kampf in das von den Engländern besetzte Gebiet gejagt. Überall hatten die Truppen schwere blutige Verluste, fielen den Arbeitern mit zahlreichen Gefangenen große Mengen schweren und leichten Kriegsmaterials in die Hände.

Damit war die Lage für die in Mülheim, Duisburg und Hamborn liegenden Truppen des Freilozps Schulz ebenso unheilbar geworden wie für die in Düsseldorf und Essen stationierten Kontingente. Unter dem Druck der bewaffneten Arbeiter zogen sie sich nach Norden auf die Festung Besel zurück, nicht ohne noch auf dem Rückzug in schwere Kämpfe verwickelt zu werden, wo weiteres Kriegsmaterial in Händen der Arbeiter blieb.

In wenigen Tagen war die Säuberung des gesamten Industriegebietes von konterrevolutionären Freilozpsverbänden ebenfalls vollständig die Bewaffung des Proletariats. Mitten im Kampf formierten sich die Arbeiterkompanien, den flüchtenden Segner bis unter die Mauer von Besel verfolgend. In Besel stehen bewaffnete Arbeitstruppen über die Lippe bis sieben Kilometer vor Münster nach. Da aber im Rücken der geschlagenen Truppen alles ruhig blieb, gelang es ihnen, an der Lippe wieder Fuß zu fassen. So bildete sich hier von Hamm bis Besel eine regelrechte Kampffront aus.

Auch Swerdrup, das an der Rückzugstraße nach Besel lag, wurde in diese Kämpfe auf das schwerste hineingezogen. Die hier besonders aktiven Berg- und Hüttenarbeiter hatten entgegen dem Widerspruch einiger Aktionsratsmitgliedern durchgesetzt, daß man zur Bildung einer Arbeiterwehr anrief. Fünf Kompanien zu je hundert Mann, die sich um ihre Arbeitszentren gruppierten, sollten angestellt werden, aber die vierfache Anzahl drängte sich zu den Einschreibetischen. Nur die knappe Hälfte konnte mit Gewehren bewaffnet werden, einige

weitere Stoftruppen mit Pistolen, Seitengewehren und Handgranaten. Alles drängte darauf, so schnell wie möglich irgendwohin geführt zu werden, um die Kräfte mit den Konterrevolutionären zu messen, ihnen weitere Waffen zu entreißen.

„Was die Dortmunder Pumpen können, das können wir Swerdruper auch.“ — Das war die allgemeine Stimmung.

Bürgermeister Dr. Lichtenfuß hatte auf Reeses Veranlassung die Geschäfte im Rathaus wieder aufgenommen. Zeitner und Reese, die beiden Vorstehenden des Aktionsausschusses, hegoben sich Freitag früh zu ihm, um wegen der zunehmenden Lebensmittelschwierigkeiten Rücksprache zu nehmen. Die Lager nahmen infolge der störenden Zufuhren rapide ab. Bei den Kaufleuten verschwanden, ungeachtet aller Dekrete, die vorhandenen Lebensmittel spurlos. Man machte sich keinen Hehl daraus, daß ein Versagen der Versorgung eine ernste Gefahr für die erfolgreiche Durchführung des Generalkriegs mit sich bringen müßte.

Vor dem Rathaus stiegen die beiden Funktionäre auf eine große Menschenankammlung, deren Mittelpunkt ein über und über mit Rot besprühtes Militärauto war, das vorn am Kühler eine weiße Flagge trug. Der Chauffeur, mit Unteroffiziersäbeln an der Leberjocke, sah mit feinem Gesicht im Fond des Wagens, um ihn herum hatte er ein halbes Duzend gespannter Karabiner und eine offene Kiste mit vorbereiteten Handgranaten.

Das Anstehen der beiden bekannten Arbeiterführer brachte Bewegung unter die in feindseligem Schweigen harrende Menge.

„Soeben sind zwei Offiziere beim Bürgermeister drinnen“, riefen ihnen mehrere Stimmen entgegen.

„Da müßten wir nach dem Rechten sehen“, sagte Zeitner und lief, immer zwei Stufen auf einmal nehmend, die Freitreppe hinauf, gefolgt von Reese und dem soeben eingetroffenen Jur Linden.

In jeder anderen Zeit hätte sich Dr. Lichtenfuß wohl das Vertreten des Allerheiligsten ohne Anmeldung und Anstoßen energisch verboten. Aber außergewöhnliche Umstände rechtfertigten außergewöhnliche Taten; das mochte auch der gestrenge Swerdruper Bürgermeister empfinden, denn er ging ihnen, jovial die Hände reichend, entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

Bezaubert: für den politischen Teil Viktor Dombrowski, für „Betriebsrat“ und „Badenburger“ Wilhelm Herold, für „Festung“ „Schlicht“ und die übrigen Redaktionen Alfred Thoma, Karl in Dresden. für den oberirdischen Teil Georg Paris in Gumburg. — Für Insetats H. Berger-Braun.



# Die Etatberatungen haben begonnen!

## Die wirklichen Massenbelastungen — Hilferding stellt Bürgerblod in den Schatten

Am Montag, dem 15. April, nahm der Haushaltsausschuß des Reichstages nach längerer Pause seine Sitzungen wieder auf und begann mit der Beratung des Etats. Bei den Koalitionsparteien, und besonders bei der SPD, war kein Bedürfnis vorhanden, vor Beginn der Einzelberatung eine Generaldebatte zu machen. Es bedurfte erst des Vortrages des Genossen Stoeder, der im Namen der kommunistischen Fraktion diese Aussprache und offizielle Mitteilungen der Reichsregierung über die Koalitionsvereinbarungen forderte, um diese Debatte herbeizuführen. Bei der allgemeinen Debatte, die nunmehr begann, und die mit kurzen Ausführungen Hilferdings eröffnet wurde, hielten sich die Koalitionsparteien vollkommen zurück. Sehr interessant war, daß die Deutschen Nationalen vollkommen auf eine Beteiligung an dieser Debatte verzichteten, was ihre Zufriedenheit mit Herrn Hilferding auffällig demonstrierte.

Aus den Ausführungen Hilferdings ist nur eins als bemerkenswert hervorzuheben. Er wiederholte, was bereits in den Zeitungen der Sozialpartei zu lesen war, daß bei einem günstigen Abschluß der Koalitionsverhandlungen eine Steuererhöhung für die „Mittelschicht“ zu erwarten ist. Für die Arbeiterklasse hatte er nicht einmal Versprechungen.

Genosse Lorgler begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß es doch einen Unterschied zwischen dem Etat des Bürgerblods und dem des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Hilferding gibt, nämlich den, daß der Etat Hilferdings noch größere Verschlechterungen für die Arbeiterklasse bringt als der des Bürgerblods. Die Wohlverbrüder der Sozialdemokratie sind längst vergessen. Millionen und aber Millionen Mark mehr will der Bürgerblod, will Hilferding aus den wertvollen Verbrauchermassen herauspressen, die diese auf dem Altar der Großen Koalition darbringen sollen. Mit Recht konnte bis „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreiben, daß die

Deutsche Volkspartei ihre Wünsche zu 75 Prozent durchgedrückt habe. Was die nachträgliche Streichung im Etat angeht, so ist bemerkenswert, daß diese in „echte“ und „unechte“ Streichungen aufgeteilt werden. Wir sind überzeugt, daß die 36 Millionen beim Reichsarbeitsministerium und die 25 Millionen bei den Kapitalabfindungen für Kreisbeschäftigte echte Streichungen sind, während die bei der Luftfahrt sich sehr bald als Kellameastrieche erweisen werden. Außerdem ist ja angelündigt, daß in einem Nachtragsetat heutige Ausgaben nachbewilligt werden sollen, und die Methode der über- und außerplanmäßigen Ausgaben kennt man ja von früher her, um zu wissen, wie die einzelnen Minister sich das holen, was sie heute nicht bewilligt bekommen. Von den Streichungen in Höhe von 179 Millionen sind allein 75 Millionen Rücklage sozialer Art, das sind 42 Prozent. Wenn die Sozialdemokratie ihre neuen Verbündeten an der Arbeiterklasse damit verschleiern will, daß sie auf die Erhöhung der Biersteuer im letzten Moment verzichtet hat, so muß darauf hingewiesen werden, daß die Koalitionsvereinbarungen eine weitere Massenbelastung von 220 Millionen insgesamt gebracht haben, so daß sogar noch 55 Millionen mehr herauskommen, als von Hilferding ursprünglich vorgeschlagen, wenn man die 166 Millionen davon abzieht, die durch die weitere Erhöhung der Biersteuer einkommen sollten.

Der Abgeordnete Herz von der Sozialdemokratie war ehrlich genug, zu Beginn seiner Ausführungen zu erklären, daß er gar kein Bedürfnis gehabt hätte, zu reden. Er versuchte dann einen Widerspruch zwischen den Ausführungen der „Roten Fahne“ und der Rede des Genossen Lorgler zu konstruieren, was die Summe der endgültigen Mehrbelastung der Massen als unter dem Bürgerblod betrifft.

Es war für den Genossen Stoeder ein Leichtes, ihm zu antworten und folgende Rechnung aufzumachen, der Herz nicht widersprechen konnte:

476 Millionen Mark mehr als der Bürgerblod hat Hilferding in seinem Etatentwurf als Einnahmen bei den Verbrauchsteuern eingelegt. Zieht man davon die 166 Millionen ab, die durch die nunmehr fallengelassene Biersteuererhöhung einkommen sollten, so bleiben 310 Millionen Mark. Bei den Koalitionsvereinbarungen wurde zwar auf 124 Millionen Mark mehr aus der Vermögens- und Erbschaftsteuer verzichtet, dafür aber der Verbrauch um 130 Millionen, die Einnahmen aus der Kohlensteuer und aus der Tabaksteuer um je 35 Millionen Mark höher eingelegt. Das sind zusammen 220 Millionen. Diese den 310 Millionen zugezählt, ergibt die genaue Summe von 530 Millionen Mark, die dem Sozialdemokraten beisteilen kann.

Jedoch, so führte der Genosse Stoeder aus, ergeben selbst diese Ziffern noch nicht das endgültige Bild von der erhöhten Massenbelastung. Aus der Uebersicht des Reichsfinanzministeriums über die Einnahmen an Steuern und Abgaben ist ersichtlich, daß alle Verbrauchsteuern bei weitem mehr einbringen, als in Ansatz gebracht ist, während die Besitzsteuern noch darunter bleiben. Bei der Biersteuer sind vergangen Jahres Rechnungsjahr rund 30 Millionen Mark mehr eingekommen, bei der Zuckersteuer 10 Millionen Mark mehr, als Hilferding in seinem Ansatz vorzieht. Es ist nicht damit zu rechnen, daß es im nächsten Jahre anders ist. Alles in allem kann man daher mit einer Mehrbelastung von mindestens 570 Millionen Mark rechnen. Auf der anderen Seite ist ein Ausfall an Steuern im vergangen Jahres Rechnungsjahr von 130 Millionen beim Besitz festzustellen. Diese Zahlen kennzeichnen besser als alle Worte den Charakter des Staats- und der Politik der verschleierten Großen Koalition.

Der Finanzsachverständige der Deutschen Sozialpartei, Gramer, sah sich veranlaßt, gegen diese Ausführungen unseres Genossen zu polemisieren. Dabei entschloß er sich das Geständnis, daß 50 Prozent der Abschläge als „unechte“ zu betrachten sind, die später nachbewilligt werden. Damit ist also das ganze heuchlerische Verbe von den „Ersparungen“ bei der Reichswehr und bei der Luftfahrt entlarvt.

Bei der Einzelberatung wurde dann die erste Lesung des Etats des Reichspräsidenten, des Reichstages und des Reichskanzlers vorgenommen und beendet. Trotz des „Notfalls“, von dem alle Parteien immer reden, wurden alle Anträge der kommunistischen Fraktion auf Streichung wirklich überflüssiger Ausgaben mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische Fraktion die Streichung des Gehalts des Reichspräsidenten forderte. Sie forderte außerdem die Streichung der Mittel für die „Gesandtschaft“ des Deutschen Reiches in München, für die Reichszentrale für Heimatdienst (wobei festgestellt wurde, daß diese Korruptionszentrale eine Rede mit 150 Mk. honoriert) und des Repräsentationsfonds des Reichskanzlers in Höhe von 40 000 Mark.

## Kulturredebatte im Landtag

### Genosse Ausländer rechnet mit der Kulturreaktion ab

Im Landtag begann am Montag die alljährliche große Kulturredebatte mit der Beratung der Etatsabschnitte: Kultusministerium, Volksschulen, und evangelische und katholische Kirche.

Als erster Redner kam der sozialdemokratische Kultusminister-Antwärtter König-Potsdam zu Wort. Sein Wort redete dieser in scharfe Koalitionsbrüder des liberalen Priestertums von einem sozialistischen Schulprogramm, obwohl die SPD ihr sogenanntes „Kulturprogramm“ erst vor kurzem in ihrer kommunalpolitischen Zeitschrift ruhmredig veröffentlicht. Was dieser voll und ganz verbürgerlichte und vermoderte kulturpolitische Führer des Reformismus als „soziales Schulprogramm“ bezeichnete, sind lediglich drei in nationalstaatliche Phrasen eingekleidete Forderungen: Förderung der Vorkursauslese, Einschränkung (Geltende nicht Aufhebung) des Berechtigungsweizens und Unterricht in Staatsbürgerkunde, um einigen Kindern sogenannter Arbeiteraristokraten das Einrücken in die mittlere Beamtenstufe zu ermöglichen.

Der Kultusminister Dr. Weder verlas dann ein farblos schmeiendes Elaborat, das ihm seine konfessionellen Ministerkollegen aufgeschrieben haben. Philosophisch verdrängt wird darin das Gleiche verzapft, was der Sozialminister König vorgebracht hatte, um den exzentrastären kulturpolitischen Kurs in Preußen zu hemmeln.

Der Deutschnationale Meher-Magdeburg redete trotz der laufenden feilungloser Junglehrer von der Gefahr eines katastrophalen Lehrermangels. Er forderte die Konfessionsschule, Maßregelung bisfidentischer Lehrer und tobte gegen die Freispredung des Malers Georg Grosz, der durch die Darstellung Christi am Kreuz mit Kommunisten und Gasmaske den christlichen Glauben „jüdisch beschmutzt“ habe.

Auf den gleichen Ton war die Rede des zentrümlichen Priesters Dr. Lauter gestimmt, der ein Reichsschulgesetz zur Verpflanzung der Volksschule und ebenfalls die Ausschaltung bisfidentischer Lehrer an den Vorkurs- und Simultanschulen forderte. Wenn das nicht geschieht, so könnten mit demselben Rechte jüdische Priester Anstellung als Piarer der christlichen Kirchen fordern.

### Genosse Ausländer:

rechnete in einer wirkungsvollen Rede mit der Kulturreaktion in Preußen, der Weimarer Koalition, ab. Er wies nach, wie die „Konfessionalisierungstendenzen“, die der Minister unter dem Alptrud des Konfobats als eine „Krankheit der deutschen Seele“ bezeichnet hatte, seit den Tagen Ehrerts und Hänichs von der SPD und den Koalitionsparteien großgepöppelt worden sind. Wenn der sozialdemokratische Fraktionsführer Heimann das Konfobdat als „harmlose Angelegenheit“ hinstellen will, so ist das die Vorbereitung darauf, gegebenenfalls das Konfobdat gegen die Stimmen der Sozialdemokratie ohne Gefährdung der Koalition zu verabschieden. Der Vorstoß der Deutschnationalen, vom Staatsgerichtshof eine Entscheldung über die von ihnen behauptete Ungefährligkeit der weltlichen Sonderchulen herbeizuführen, ist so zu verstehen, daß dadurch die Vorkämpfer der weltlichen Schule für ein reaktionäres Reichsschulgesetz willig gemacht werden sollen, wenn es nur neben der Auslieferung der ungeheuren Mehrzahl aller Schulen an die Kirche auch die paar nicht einmal wirklich weltlichen Sonderchulen sanktioniert. Genosse Ausländer verlangte nochmals eine Erklärung des Ministers, ob in der Tat bisfidentische Lehrer in Zukunft nicht mehr bestückt werden sollen. Sodann wies er im einzelnen nach, daß die „Erziehung zum Staatsgedanken“ nichts anderes bedeutet, als „Erziehung zum Sozialfaschismus“, wie er besonders von den Sozialdemokraten Seve- ring, Erzsteinsti und Böttigebel im Auftrage der Bour-

geois durchgeführt wird. Selbstverständlich hat der Unterrichts- etat der Konfobatskoalition keine Mittel übrig für die sozialen Notstände in der Volksschule und des proletarischen Kindes. Kein Geld für freie Vermittel, für Schulspeisungen, für leistungsschwache Schulverbände, für die Junglehrer, für darbenende Studenten und Künstler. Aber 86 Millionen Mark für kirchliche Zwecke und nicht nur Beibehaltung, sondern Förderung nach verschärfter Anwendung der Präzedenzfall. Die Sozialdemokraten sind auf der ganzen Linie die Helfershelfer auch der Kultur- und Schulreaktion. Der Kampf wird auf diesem Gebiet nicht im Parlament ausgetragen, sondern auf dem Schlachtfelde des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit! — (Starker Beifall bei den Kommunisten!)

Die Debatte wird Mittwoch fortgesetzt.

## Sozialdemokratisches Pharisäertum

Die SPD-Presse bringt eine an Demagogie nicht zu übertreffende Notiz mit der Ueberschrift: „Die Kommunisten für den § 218.“ In dieser Notiz wird behauptet, daß bei Beratung der im Landtag von der kommunistischen Fraktion gestellten Anträge zum § 218 die Genossen, die von unserer Fraktion als Mitglieder des Ausschusses in Frage kommen, der Sitzung absichtlich ferngeblieben seien. Wir

bemerken dazu, daß die verbürgerlichten Sozialdemokraten zu einem ernstlichen Kampf gegen den § 218 nicht mehr fähig sind und deshalb auch es den Kommunisten überlassen müssen, überhaupt Anträge dazu zu stellen. Als nun diese unsere Anträge am Donnerstag im Preussischen Landtag im Ausschuß für Bevölkerungspolitik zur Beratung standen, wurde die Ausschlußsitzung Punkt 6 Uhr eröffnet, trotzdem das Plenum noch tagte, unser Genosse Sobotika sprach zum Bergetat, und nachdem noch einige von unserer Fraktion zur Beratung gestellten Anträge erledigt werden mußten.

Somit werden die Sitzungen der Ausschüsse immer erst nach Schluß des Plenums eröffnet, und dann auch meistens mit einer Viertel- bis einer halben Stunde Verspätung. Ausgerechnet am Donnerstag wurde die Beratung, als unsere Anträge im Ausschuß zur Beratung standen, einfach über Bord geworfen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Stemmler vom Zentrum, hatte das Spiel natürlich mit den Sozialdemokraten vorher genau ausgetüftelt.

Es ist zwar keine Ausnahme, daß die Sozialdemokraten im Kampf gegen die Kommunisten sich des Zentrums als Bundesgenossen bedienen. Jedoch ist immerhin interessant, daß ausgerechnet bei der Beratung von Anträgen, die zur Beseitigung des Schandparagrafen 218 gestellt sind, diese Koalition mit vertauschten Rollen in dieser demagogischen und niederträchtigen Form zum Ausdruck kommt.

Als vor einigen Wochen im Hauptausschuß dieselben von uns gestellten Anträge verhandelt wurden, stimmten von den SPD-Ausschußmitgliedern drei für unsere Anträge, während sich sechs der Stimme enthielten.

Wir müssen gestehen, zu einer solchen Demagogie im politischen Kampf nicht fähig zu sein, wie sie hier vom „Vorwärts“ ausgezogen wird. Es bedarf keiner Erklärung, daß ehrliebe und Klassenbewusste Arbeiter auf solche Methoden nicht hereinkommen.

## Aus aller Welt

### Der falsche Tierarzt

U. Warschau, 16. April. In einem Dorf bei Kallisch hat am Sonntag ein gewissenloser Gauner als angeblicher Tierarzt sein Wesen getrieben. Er erklärte dem Schulzen, daß er beauftragt sei, das Hornvieh und die Schweine gegen eine Gefahr von einem Bloty zu impfen. Er nahm die Impfung dann auch an etwa 200 Tieren vor. Da im Dorfe die Grippe herrschte, haben ihm viele Bauern um ein Mittel gegen diese Krankheit. Er erklärte sich sofort bereit, auch die Menschen gegen die Grippe zu impfen und benutzte dazu die gleiche Flüssigkeit. Die Folge davon war, daß am Montag acht Dorfbewohner außerordentlich schwer erkrankten und 45 Stück Vieh eingingen. Mehrere Ärzte und Veterinäre haben sich in das Dorf begeben, um die Menschen und Tiere zu retten. Der gefährliche Betrüger konnte noch nicht gefaßt werden.

Vierzehn Personen bei einer Explosion getötet

U. Peking, 17. April. Am Dienstag wurden in Kalgan bei der Explosion eines Benzinebehälters vierzehn Personen getötet und 27 schwer verletzt.

Wieder leichte Erdbeben in Bologna verspürt

U. Mailand, 18. April. In Bologna wurden Montag abend wieder leichte Erdbeben verspürt. Von Panik ergriffen, flüchtete die Bevölkerung ins Freie.

Opfer des Gebirgswinfers

Im Klausengrund am Abhang des Riesentidens im Riesengebirge wurde jetzt auch die Leiche des zweiten verunglückten Gewerkschülers aus Meßnersdorf bei Reichenberg gefunden. Die beiden Gewerkschüler hatten im Februar eine Skitour in das Riesengebirge unternommen und wurden seit dieser Zeit vermisst. Zu Obern wurde die Leiche des einen im Klausengrund geborgen, jedoch war es

damals wegen des hohen Schneeees nicht möglich, auch nach der Leiche des anderen zu suchen.

Die mexikanische Regierung gibt bekannt, daß nach den ihr vorliegenden Berichten die Aufstandsbewegung bis auf den Staat Sonora vollkommen unterdrückt sei. Auch in Sonora sei die Lage der Aufständischen verzweifelt, denn der mexikanische General-Insul in Aguascal habe die Regierung in Regillo verständigt, daß 5000 bis 6000 Mann der Aufständischen unter dem Befehl von General Rabbate ihren Uebergang angeboten hätten unter der Bedingung, daß das Leben Rabbates und seiner Offiziere und Mannschaften gesichert würde. Der mexikanische Präsident erwiderte, daß nur eine bedingungslos Uebergabe im Frage kommen könnte. Die niederen Offiziere und Mannschaften seien durch die höheren Befehlshaber Irreführt worden, aber für diese könne nur eine Behandlung auf Grund der bestehenden Kriegsgesetze in Frage kommen.



1 Packung Kukirol mit dem Garantieschein kostet 75 Pfg.



Bayern im April 1919

## Der Sturm auf den Bahnhof / Von Sandner

Schon fast eine Woche währte der Zustand einer „Räte-regierung“ ohne Räte. Der Versuch der kommunistischen Partei, die für die Arbeiterklasse höchst gefährliche und verworrene Lage mit Hilfe neugewählter revolutionärer Arbeiterräte aus den Betrieben und Soldatenräten zu klären, scheiterte an der Unklarheit auch dieser Vertreter des Münchener Proletariats. Sprach die Kommunisten gegen den sich selbst ernannten schwankenden, verräterischen Zentralrat, der aus Anarchisten, Unabhängigen und Sozialdemokraten bestand, die SPD-Leute waren im Zentralrat, um die Konterrevolution von innen und außen nur leichter organisieren zu können, so wurden ihre Ausführungen mit Beifall aufgenommen, sprach dann ein Unabhängiger und beschuldigte die Kommunisten als die Störer der Einheit des Proletariats, so bekam er ebenfalls die Zustimmung der Vollversammlung.

Die Arbeiter- und Soldatenräte wollten die Einheit um jeden Preis, die Kommunisten die Klarheit über das Wesen der Diktatur des Proletariats.

Am 13. April machte die Konterrevolution den verworrenen Verhältnissen ein Ende. Die Mehrheitssozialisten hatten sich hinter einen Teil der Münchener Garnison und insbesondere hinter die von der SPD gegründete republikanische Schutztruppe gestellt und die Militärdiktatur proklamiert. Als die Arbeiter Münchens am Morgen auf die Straße kamen, prangten ihnen von allen Ecken die Proklamationen entgegen, daß Teile der Garnison und die Schutztruppe den Schutz der Truppe übernommen haben, die landstremde Regierung zum Teil verhaftet sei. „Wir sind für eine rein sozialistische Regierung.“ Es lebe der Sozialismus!

Panzerkraftwagen mit Maschinengewehren und schwerbewaffneten Soldaten durchführten die Straßen, Abteilungen zu Fuß bezogen die wichtigsten Plätze der Stadt. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in den Arbeiterquartieren die Kunde des Putzsches. Bald waren die Straßen mit Arbeitern gefüllt und es kam zu Zusammenstößen der unbewaffneten Arbeiter mit den konterrevolutionären Soldaten, die bald gezwungen waren, sich in besetzte Stellungen zurückzuziehen.

Die kommunistische Partei forderte die Arbeiterschaft Münchens zum bewaffneten Kampf auf: „Sammelt euch alle auf der Theresienwiese!“ Zu Tausenden waren die Arbeiterinnen und Arbeiter dem Ruf gefolgt. Teilweise waren sie bewaffnet. Allgemein ertönte der Ruf: „Zum Bahnhof, zum Bahnhof.“ Dort lag die meist gehähte Abteilung der republikanischen Schutztruppe. Ein riesiger Demonstrationzug formierte sich und zog nach dem Bahnhof. Immer mächtiger wurde die Demonstration. Der Zug bog nach dem Bahnhof ein, an der Spitze fuhr ein Lastkraftwagen mit einer Abteilung des Regiments Karl Liebknecht, unter der Führung des Matrosen Eglhofer. Als die Massen in der Nähe des Bahnhofs, eingeleitet in der engen Straße, angekommen waren, eröffnete die Besatzung des Bahnhofs ein mörderisches Maschinengewehrfeuer. Eine große Anzahl von Toten und Verwundeten blieb auf dem Platz. Die Abteilung Liebknecht fuhr auf dem Wagen durch den Kugelregen und erreichte ohne Verluste die Stirnseite des Bahnhofs. Es fing bereits an zu dunkeln und ein Regen setzte ein. Der Angriff der Bahnhofsbesatzung verfehlte die Masse in eine unbeschreibliche Wut. Alle umliegenden Häuser wurden von den bewaffneten Arbeitern und Soldaten besetzt. Von allen Seiten wurden MG. angebracht und der Bahnhof von drei Seiten unter Feuer ge-

nommen. Die Besatzung wehrte sich verzweifelt und versuchte, durch Ausfälle die Einkreisung zu sprengen. Unter dem Feuer der Arbeiter scheiterten diese Versuche. Schon zwei Stunden währte der Kampf, ohne daß es gelungen war, in den Bahnhof hineinzukommen. Die kämpfenden Arbeiter erkannten, daß sie mit Gewehren und MG. die Besatzung nicht zur Kapitulation zwingen konnten, die auch noch daran glaubten, daß ihnen von den anderen Truppenteilen Hilfe geleistet werden würde. Die Arbeiter griffen zu einem stärkeren Mittel. Schnell stellte sich ein Trupp Arbeiter und Soldaten zusammen und unternahm, am Boden kriechend, einen Angriff mit Handgranaten und geballten Ladungen. Das Unternehmen schlug fehl. Der Bahnhofsplatz, sowie die Zugangsstraßen waren hell erleuchtet und die Angreifer boten der Besatzung ein gutes Ziel. Man hatte beim Angriff nicht mit dieser Möglichkeit gerechnet. Die Bogenscheinlampen mußten gelöscht werden. Unter stärkstem Feuer der Bahnhofsbesatzung wurde von Scharfschützen Lampe um Lampe abgeschossen. Ringsum lag der Bahnhof im Dunkel. Ein neuerlicher Angriff mit Handgranaten konnte bis in die Halle hinein vorgebracht werden, wurde aber auch dann von der Gegenwehr

der Besatzung zum Stehen gebracht. Einer der Kämpfenden kam nun auf den Gedanken, mit noch stärkeren Kampfmitteln die Besatzung zur Kapitulation zu zwingen und zwar den Bahnhof mit Minenwerfern zu beschlehen. Eine Abteilung von 20 Mann machte sich auf den Weg und nach einer Stunde waren drei Minenwerfer in Stellung gebracht; die den Bahnhof umlagernde Masse begrüßte die Minenwerfer mit unbeschreiblichem Jubel. Nach der dritten Mine verstummte das Feuer der Besatzung. Mit Hochrufen stürmten nun die Massen in den Bahnhof. Bei den Maschinengewehren im Bahnhof lagen Tote und Verwundete der Besatzung. Ein anderer Teil hatte sich mit den Eisenbahnbeamten im Keller verrochen. Großmütig ließen die Sieger die unbewaffneten Schutztruppier, die um ihr Leben bestrebt, abziehen. Aber es war nur der geringste Teil. Die Hauptmacht der Besatzung war mit ihrem verhassten Führer Wachenbrenner mit einem fahrberetzten Zug geflohen. Die Entschädigung der Masse war groß, denn sie hatte im Kampf die Ausfahrt des Bahnhofs nicht besetzt. Die Verfolgung des Zuges wurde sofort aufgenommen, mußte aber ergebnislos abgebrochen werden.

Viele Tote und Verwundete hatte die kämpfende Arbeiterschaft für die Einnahme des Bahnhofs zum Opfer gebracht, bevor von der Elite der Konterrevolution verteidigt wurde. Alle übrigen Stützpunkte der Weißgardisten wurden ohne Schuß von den Arbeitern genommen.

Die Geburtsstunde der bayerischen Räterepublik war angebrochen.

## Die Todesfahrt auf dem Ob / Von W. S.



Viel Furchtbares geschah im russischen Bürgerkriege. Aber wohl das Schrecklichste war die Evakuierung der Stadt Tjumenj in Westsibirien von verdächtigen Elementen, von solchen, die die weiße Bestie fürchteten.

Als die Weißen Tjumenj verlassen mußten, brachten sie alle in der Stadt befindlichen Kriegsgefangenen, alle gefangenen Rotgardisten, alle politischen „Verbrecher“ und eine Anzahl wegen Kriminalverbrechen eingesperrter Frauen in den Häfen von Tjumenj und verließen alle diese Menschen, über zweitausend an der Zahl, auf drei Barken, die an einen Schlepddampfer gehängt wurden, auf welchem sich der Transportkommandant (ein russischer Offizier), die Bewachungsmannschaft und die aus Kerlern geholten Frauen befanden.

Es ist nicht leicht, sich vorzustellen, was es heißt, siebenhundert Menschen auf einer Flußbarke — ich kann es vielleicht ermessen, der ich auf einem Flußdampfer mit 800 Mann einen zehntägigen sibirischen Transport mitgemacht habe —, obwohl damals alle gesund waren, waren es doch zehn schwere Tage meines Lebens.

Nach einigen Tagen brach auf den Barken eine Krankheit aus. Niemand wußte, was für eine Krankheit, denn kein Arzt kümmerte sich um die in die Barken gepferchten Menschen.

Als im unvorstellbaren Aneinander der Menschenleiber einige hilflos starben, wurden alle von Schauer gepackt. Die Krankheit griff rasend um sich. Einige wenige Tage, und vierzig bis fünfzig Menschen lagen bewußtlos auf dem Holzboden. Einige Soldaten, die die Gefahr, welche allen drohte, sahen, versuchten, was in ihren Kräften stand, die Krankheit am Ausbreiten zu hindern, indem sie die Erkrankten wenigstens so gut es eben auf den engen Barken ging, isolierten: sie machten den Bug einer Barke frei und schleppten die Kranken dorthin. Aber es half nichts — immer mehr und mehr wurden von der Seuche ergriffen.

Der Schlepper hielt nur, um Holz einzuladen, von den Banken durfte niemand zu Land.

Die Fahrt dauerte schon über zwei Wochen. Und Tag um Tag wurde es gefährlicher: wer wird morgen noch gesund sein? Wer war heute noch gesund? Konnte man die Kranken noch zählen? War nicht jeder zweite schon vom Tode gezeichnet? Und weiter ging die Fahrt — weiter den endlosen Fluß entlang.

Diese Nächte! Diese Nächte zwischen Tod und Leben! Hier liegt stöhnend ein Mensch, hier einer in Fieberphantasien brüllend, hier würgt sich einer im eigenen Kote, hier achzt einer: „Mutter! Mutter!“ hier zuckt ein Menschenleib im Totenkampfe — und der schwarze Himmel und der plätschernde Fluß und die brütende Ebene — und vom Schlepper klingt Gesang und Ziehharmonika und gellendes Frauenlachen — der Kommandant ist lustig bei seinen Huren, die ihm die lange Fahrt verkürzen.

Die dritte Woche dauert diese Höllenfahrt. Wer hilft den Verlassenen? Eine Hilfe wurde ihnen zu teil: Chinesen forderten die Toten von den Halbtoten und bringen sie an Land — anfangs, später werfen sie die Leichen in den Ob.

Diese Menschen waren ja keiner Hilfe wert: „Kote“ waren es.

Wer ermißt die Qual der Verlassenen, die den Tod vor Augen haben, die noch zählen konnten, daß an einem Tage einhundertunddreißig Tote aus den Barken geholt wurden?

Aber der Kommandant sorgte sich um seine Schiffsbohlen: er sorgte sich darum, daß alle ans Ziel kämen: er sah, daß die im drübe Treibenden Salven abzugeben, bis sie unter-

gehen. Und doch sprangen jeden Tag drei, vier, zehn in den Fluß, die Weißgardisten standen auf dem Schlepper und schossen auf die mit den Wellen Ringenden.

Vier ewige Wochen lang dauerte die Todesfahrt, ehe Tomit erreicht wurde. Ehe diese Menschen — in einer Stallbarade Zustände fanden. Und sich darüber freuten! Wieviel unterwegs starben, niemand weiß es, denn niemand zählte die Last, die auf die Führer geladen wurde. — — —

Ein Lichtblick bringt aus der Tragödie der Evakuierung Tjumenj: Der Transportkommandant fiel später in die Hände der Bolschewiken und wurde von der „Tscheka“ in Tomit erschossen.

### Neues Tonfilmverfahren der Derrfa

Die Derrfa (Deutsch-russische Film-Allianz) hat jenseit ein „Verfahren zur Erzeugung von Tönen“ patentiert, das eine große Vereinfachung der Herstellung von Tonfilmen herbeizuführen imstande ist. Dieses Verfahren beruht auf dem Prinzip, daß die Töne unmittelbar durch mechanische oder chemische Einwirkungen auf ein durchscheinendes Band in Form von Licht- oder Schattenslinien bzw. Flächen ausgezeichnet und dann mit Hilfe einer über das Band beleuchteten Seelenzelle durch ein Telephon wieder gegeben werden. Diese Auftragung kann von Hand oder mittels einer geeigneten Vorrichtung erfolgen. Die Töne können bei diesem Verfahren also wie Noten geschrieben werden.



Ein Dorf wird abgebaut

Das große, am Harz gelegene Dorf Nachterstedt wird von der Concordia-Grube abgebaut. Der Abbau ist bereits bis zur Dorfmitte vorgeschoben. Ganze Häuserreihen sind verschwunden und der Rest wird ihnen in aller Kürze folgen. Zur Zeit werden Bagger allerneuesten Systems aufgestellt, die in wenigen Wochen ein Gelände ausschürfen, zu dem man früher Jahre brauchte. Schon gehen auch die eiliche Kilometer weiter gelegenen Nachbardörfer dem gleichen Schicksal entgegen. Unser Bild zeigt eine bereits abgerissene Straße von Nachterstedt. Dahinter steht man Häuser, die zur Zeit geräumt werden.



Wasser als Brennstoff

Aus Goppingen werden Versuche des Ingenieurs Paul Hausmeister über die Anwendung der Druckelektrolyse bei der Gewinnung von Sauerstoff aus Wasser gemeldet. Diese Versuche, die überraschend gute Ergebnisse gezeigt haben, sind insofern von größter Tragweite, als man glaubt, mit ihnen neue Wege der Energiegewinnung beschreiten zu können, d. h. Kraftgas aus Wasser erzeugen zu können. Das durch Zersetzung des Wassers gewonnene Sauerstoffgas, befeuchtet ein Gemisch von Sauerstoff und Wasserstoff, bedeutet einen um ein vielfaches billigeren, dabei aber vollkommen gleichwertigen Ersatz für Benzin. Sauerstoff hat bekanntlich auch eine ungeheure Sprengwirkung, weshalb die geschilberten Versuche auch für die Sprengstofftechnik von vielleicht entscheidender Bedeutung werden können.

Unser Bild zeigt den Apparat, mit dem der Erfinder aus Wasser hochverdichtetes Sauerstoffgas entwidelt.



# Breslau

## Zwei Millionen für Anstaltsbauten gestrichen!

In der Dienstag Sitzung des Provinziallandtags wurden die Vorlagen betreffend der Behebung des Platzmangels in den Anstalten behandelt. In Anbetracht der alljährlich steigenden Zahl der Geisteskranken hatte der Provinzialausschuss eine Vorlage ausgearbeitet, die dem bestehenden Platzmangel Rechnung trug und die Schaffung von 1000 bis 1100 neuen Krankenbetten durch Erweiterung bestehender Anstalten bzw. Heranziehung anderer geeigneter Gebäude vorsah. Als Höchstbetrag sollten für das Rechnungsjahr 1929 zwei Millionen Mark eingekehrt werden. Gleichzeitig sollten für den Ausbau des Rehgartens bei der Heil- und Pflegeanstalt in Wladowitz 104.000 Mark nachträglich genehmigt werden.

Im Ausschuss traten die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD. für Ablehnung der Vorlage ein. Sie behaupteten, durch die Annahme der Vorlage müßten die Provinzialsteuer um 20/100 erhöht werden. Eine solche Erhöhung sei nicht tragbar. Gleichzeitig empfahlen sie eine Entschlüsselung zur Annahme, in welcher der Provinzialausschuss ermächtigt wird, Erhebungen darüber anzustellen, ob nicht durch vorübergehende Maßnahmen, u. a. durch Aufschubarmachung geistig Minderwertiger, dem Mangel an Betten der Geisteskranken begegnet werden könnte. Im Plenum änderte die SPD. ihre Haltung und beantragte die Wiederherstellung des Antrages der Provinzialverwaltung. Genosse Abelts kennzeichnete zum großen Necker des Reichenspietichs

## Mache hat es geschafft

Ostern Dienstag tagte der Wahl- und Verfassungs-Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung, der u. a. auch zur Neuwahl des zweiten Bürgermeisters Stellung nahm. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten (I) und des Zentrums (II) wurde Karl Maché vorgeschlagen. Die Sozialdemokraten versprachen als „Entschädigung“ den Zentrumsmann Przgalla zum besetzten Stadtrat zu wählen. Wir werden auf diesen neuerlichen Standesläsen Ruhhandel der „Linken“ Mehrheit der sozialdemokratischen Rathausfraktion noch zurückkommen.

die zwiespältige Haltung der SPD. und brandmarkte die Sparbarkeit auf Kosten der Opfer der Gesellschaft. Genosse Dombrowski nahm die scharfe Entschlüsselung unter die Lupe und bezeichnete sie als schamloses Dokument, freyend von sozialer Schamlosigkeit und Hygienismus. Anfruchtbarmachung der Opfer der Gesellschaftsordnung statt Bau von Anstalten. Das kennzeichnet den Charakter der herrschenden Klasse, deren Vertreter im Provinziallandtag aus Steuerhosen in verantwortungsvoller und gewissenhafter Weise die Betreuung der Anstalten behandeln. Oberbürgermeister Wagner als stellvertretender Vorsitzender erteilte unserem Genossen zwei klugen. Zeichenstücke, der sich persönlich getroffen fühlte, sand diese Kluge zu mild, beschimpfte aber in gleichem Atemzug unsere Genossen, so daß auch er vom Vorsitzenden gerüffelt wurde.

In einer persönlichen Bemerkung stellte Genosse Dombrowski fest, daß die Gereiztheit des Herrn Pietsch im gleichem Maße wachse, wie das betrügerische Spiel seiner Partei ausgedehnt werde.

In der Dienstagvormittags-Sitzung wurde die Vorlage über die Gasfernversorgung behandelt. Es sprachen dazu die Abgeordneten Pirchner (Dmal.), Charbonnier (D. Sp.) und Maché von der SPD. und Genosse Bergmann Julius Müller (Hermsdorf), der scharf die Verzögerung der Inangriffnahme der Arbeiten kritisierte und sich dagegen wandte, daß die Provinz die Höhe ihrer Bürgerschaft bzw. Bereitstellung von fünf Millionen auf eine Million herabgesetzt hat. Die Vorlage wurde angenommen.

## Eine Geldfahne mit 1600 Mark gekohlen

In der Nacht zum Montag wurde durch Einbruch in die im Hinterhaus des Grundstücks Brüberstraße 54 gelegene Wohnung eines Gastwirts eingebrochen und eine dunkelgrüne, etwa 20x45x15 Zentimeter große Geldfahne mit 1600 Mark, bestehend aus 1000 Mk. Papiergeld und 600 Mark Bargeld, gekohlen. Zweckdienliche Angaben an die Kriminalpolizei Zimmer 233/34, Erdgeschoss des Polizeipräsidiums, Eingang Eichbomstraße. Gute Belohnung wird zugesichert.

## Kameradschaftsfest des NSD. Schottwik-Fundsteld

Am Sonnabend, dem 20. April, veranstaltet die Ortsgruppe ein Kameradschaftsfest bei Weiner, Friedewalbe. Einlaß 19 Uhr. Wir bitten um rege Unterstützung der Breslauer Abteilungen.

## Generalversammlung der NSD.

Donnerstag 19.30 Uhr findet im „Selben Löwen“, Oberstraße, eine wichtige Generalversammlung statt. Jedes Mitglied muß erscheinen. Mitgliedsbuch oder Karte ist mitzubringen.

Zu dem gestern gemeldeten Selbstmord des arbeitslosen Müllers A. E. aus Rosenhal wird uns mitgeteilt, daß nach einem hinterlassenen Briefe der Grund zum Selbstmord darin liegt, daß E. infolge seines Alters keine Beschäftigung mehr finden konnte.

**WOHNUNG UND WERKRAUM AUSSTELLUNG**  
BRESLAU 1929  
15. JUNI - 15. SEPT.

Festgenommen wegen Rohgelderäubes wurden in Dresden drei Jugendliche aus Breslau. Der Älteste zu der Tat war ein in einem hiesigen Waugeschäft tätiger Maurerlehrling, der am vorigen Freitag in demselben Waugeschäft tätigen Elwen auf dem Wege zur Baustelle auflauernde, ihm die Lohnbörse mit circa 1500 M. abnahm und ihn mit einem fingierten Briefe in das Kontor zurückschickte. Die anderen zwei standen in unmittelbarer Nähe. Alle drei künftigen dann mit dem Gelde.

**Bermittelt werden:** Der Brunnenaufseher Rudolf Berger, geboren 6. 11. 1911 zu Breslau, Alfenstraße 60 bei den Eltern wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, schlank, blondes, gekümmeltes Haar, volles, langes, gebrauntes Gesicht. — Der Bäderlehrling Richard Hartmann, geboren 7. 9. 1913 zu Breslau, Wulfsstraße 6 bei Graf wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, dunkelblond.

## Mittelschlesien

**Oels**  
Mittwoch 19.30 Uhr im „Großen Saal“ öffentliche Eisenbahnerversammlung. Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Bahnbewegung. 2. Verkehrsleistungen. 3. Eisenbahnerkollektive. 4. H. u. S. Berlin. Alle Eisenbahner müssen erscheinen.

## Aus dem Provinziallandtage:

# Kommunistische Anträge nicht behandelt

## Gegen die Orzeszki-Erlasse, gegen Kontordat, Hauszinssteuer und die Schandbestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Breslau, 16. April.

Im Provinziallandtag brachte die kommunistische Fraktion nachstehende Anträge ein:  
Der Provinziallandtag wolle beschließen:  
An die Preussische Staatsregierung ist folgende Entschlüsselung zu richten:

„Der Provinziallandtag erhebt scharfen Protest gegen den Aufbruch „Eine letzte Warnung“ des preussischen sozialdemokratischen Innenministers Orzeszki an die politischen Parteien sowie gegen den diesbezüglichen Erlaß an die Polizeibehörden. Der Erlaß bedeutet nichts anderes als die Verhängung des Ausnahmezustandes gegen die revolutionäre Arbeiterkraft in ganz Preußen, als die Einleitung der gewalttätigen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterorganisationen in Deutschland, es ist die Einleitung zum Verbot der NSD., des KPD. und aller anderen revolutionären Arbeiterorganisationen.“

Die Versammlungsfreiheit wird durch diesen Erlaß den örtlichen Polizeibehörden ausgeliefert und damit faktisch beseitigt. Erregungen eines Jahresheftelangen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie sollen vernichtet werden. Der Provinziallandtag erhebt ferner klammernden Protest gegen den Späterlaß des preussischen Innenministers vom 28. März, der an die Oberpräsidenten, Landräte und Gemeinden gerichtet ist. Dieser Erlaß ist ein unerhörter Eingriff in die Rechte der Gemeinden und ist diktiert von dem Bestreben, die ohnehin kläglichen Leistungen der Gemeinden für Arbeitslose, Wohlschrittsempfänger, Sozialrentner usw. noch weiter herunterzubringen.

Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Wie sich aus den Verhandlungen des Preussischen Landtags ergibt, beabsichtigt die preussische Koalitionsregierung, ein Kontordat mit der Papstkurie in Rom abzuschließen, das

1. durch die Errichtung von drei neuen Bistümern und zwei Erzdiözesen, ferner durch die Erhöhung der Dotationen an die Kirche neue Millionenlasten der werktätigen Bevölkerung aufbürden soll;
2. die Ernennung der katholischen Bischöfe zuspricht und sie der Nichtspruchung des weltlichen Staates entziehen soll;
3. die Konfessionschulen in „ausreichender“ Zahl der Kirche garantieren soll.

Der Provinziallandtag stellt fest, daß ein solches Kontordat die Finanzkraft der Gemeinden wie der Provinz und ihre Schul- und Kulturaufgaben aufs schwerste schädigen würde. Der Provinziallandtag protestiert daher gegen den Abschluß eines Kontordats mit der Papstkurie und beauftragt den Provinzialausschuss, diesen Beschluß der Staatsregierung und den Parteien des Landtags zum Weiteren mit der Forderung, daß alle Unterhandlungen über die Kontordatsfrage unverzüglich abgebrochen werden.

Der Provinziallandtag beauftragt den Provinzialausschuss:

- a) umgehend die Höhe der in den Gemeinden aufgeführten Kirchensteuern,
- b) die Größe und den Wert der der Kirche gehörenden Grundstücke und Liegenschaften in der Provinz festzustellen und bekanntzugeben.

Der Provinziallandtag fordert von der Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzentwurfs, der Kontordate, sowohl für die Länder wie für das Reich verbietet, das bereits abgeschlossene Kontordat aufhebt, alle Religionsgesellschaften zu privaten Vereinen, die keinerlei finanzielle Staatsmittel erhalten, erklärt und das Verbot der religiösen Unterweisung irgendwelcher Art in den Schulen ausspricht.

Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Infolge der dauernd steigenden Zahl derjenigen Arbeitslosen, die keine Unterstellungen durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz erhalten, wächst das Heer derjenigen, die durch die Gemeinden und Gemeindeverbände unterstützt werden müssen. Es ist dies ein weiterer Schritt auf dem Wege, die sozialen Aufgaben des Reichs und des Landes auf die Gemeinden und Gemeindeverbände abzuwälzen.

Der Provinziallandtag beschließt daher:

- Der Provinzialausschuss wird ersucht, bei der Reichs- und Landesregierung dahin zu wirken, daß
1. das vollkommen unzureichende Gesetz über Arbeitslosenversicherung aufgehoben wird,
  2. an dessen Stelle eine allgemeine Arbeitslosenversicherung eintritt, durch welche alle Arbeitslosen während der vollen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit ausreichend unterstützt werden,
  3. Bis zur Aufhebung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes das Reich die Verpflichtung übernimmt, den Gemeinden und Gemeindeverbänden ausreichende Mittel zur Unterstützung derjenigen Arbeitslosen, die durch das Gesetz nicht erfasst werden, zur Verfügung zu stellen.

Der Provinziallandtag wolle beschließen:

Die stärker und stärker amwachsende Wohnungsnot, welche durch die bisher angewandten Hilfsmittel der Verteilung von Hauszinssteuer in keiner Weise gemildert, geschweige denn behoben wurde, erfordert notwendigerweise, für die Bekämpfung der Wohnungsnot andere Wege zu suchen.

Die Hauszinssteuer, die es nicht ermöglicht hat, Wohnungen auch nur in einigermaßen ausreichender Zahl zu erschwinglichen Mietpreisen für die arbeitende Bevölkerung zu stellen, wirkt sich lediglich als eine brutale Mietsteuer aus und trägt sehr wesentlich dazu bei, das Preisniveau und das ungenügende Arbeitereinkommen noch weiter herabzubringen.

Der Provinziallandtag beschließt daher:

- Der Provinzialausschuss wird ersucht, bei der Reichs- und Landesregierung dahin zu wirken, daß
1. die Hauszinssteuer völlig beseitigt und der staatlich festgesetzte Mietzins um deren Betrag gesenkt wird,
  2. Solange die Hauszinssteuer noch erhoben wird, ist der gesamte Ertrag derselben den Gemeinden zur Verwendung für den Bau von Wohnungen, die im Eigentum der Gemeinden bleiben müssen, zur Verfügung zu stellen.

Allen diesen Anträgen verweigerte die SPD. die geschäftsmäßig unterstützte Unterstützung und verhinderte dadurch die Beratung.

## Versammlungskalender

### Parteiveranstaltungen

Breslau, Mittwoch 19.30 Uhr im „Grünen Baum“ wichtige Mitglieder-Versammlung.  
Görlitz, Donnerstag 20 Uhr Vortragsveranstaltung sämtlicher Organisationen in der Geschäftsstelle.

### Kommunistischer Jugendverband

Breslau  
— Süd (Zentr.). Mittwoch 20 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Berger, Schanstraße 35, Ecke Reudorfstraße. Mitgliederbuch mitbringen.  
— Gruppe West (Mag. Dörf). Mittwoch 19 Uhr Treffen am Friedegauer Platz. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Mitgliedsbuch und Beitrag mitbringen.

### Jung-Spartakus-Bund

Breslau  
— Gruppe Zentr. (Süd). Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Janke, Friedrichstraße 41.

— Gruppe Schottländer (Nord). Donnerstag 18 Uhr Heimabend in der „Stadt Rambla“, Marktstraße 212. Mühl eine Stunde früher.  
— Gruppe Süd. Donnerstag 17.30 Uhr im Heim Werratergasse Heimabend.

### Kooper Frontkämpfer-Bund

Breslau  
— Mt. 2. Mittwoch 18 bis 21 Uhr Kavelle-Wahlungsabend bei Melzig, Werrstraße. Erscheinen ist Pflicht.

### Note Jungfront

Breslau  
— Mt. Zentr. Mittwoch 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Janke, Friedrichstraße.  
— Mt. Westküst. Donnerstag 20 Uhr Kameradschaftsabend in der „Stadt Rambla“.

### Kooper Frauen- und Mädchenbund

Görlitz. Mittwoch 20 Uhr Versammlung bei Genossen Grauel. Vertreterin der Gauleitung ist anwesend.  
Sonnige Organisationen.

Breslau. Ortsausschuß des NSD. Donnerstag 19.30 Uhr im „Grünen Baum“ Ortsausschluß. Alle Delegierten müssen erscheinen.

## Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Mittwoch, 19.30 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie D 17  
**Fürk Isor**  
Donnerstag, 20 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie E 17  
Zum letzten Male  
**Die schöne Helena**  
Freitag, 20 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie C 17  
**Der liegende Holländer**  
Sonnabend, 19.30 Uhr  
**Margarete**  
Sonntag, 15 Uhr  
Einmalige Nachmittags-Aufführung zu ermäßigten Preisen (Gr. 2)  
**Garmen**  
Sonntag, 20 Uhr  
In vollständiger Neuaufbereitung  
**Fra Diavolo**

## Vereinigte Theater

**Lobe-Theater**  
Von Sonnabend, den 18. 4. bis Sonnabend, den 20. 4. täglich 20.15 Uhr  
Zum ersten Male!  
**Rivalen**  
Schauspiel von Anderson und Staffings; frei bearbeitet von Carl Judmayer

**Thalia-Theater**  
Von Sonnabend, den 18. 4. bis Donnerstag, den 18. 4. täglich 20.15 Uhr  
**Dreimal Hochzeit**  
Schauspiel von Anne Nichols  
Freitag, 19. 4. und Sonnabend, 20. 4., 20.15 Uhr  
Ensemble-Gastspiel des „Kleinen Theaters“, Berlin  
**Der Dickkopf**  
Lustspiel von Friedmann - Frederich

## Inferate

haben in unserer Rettung  
**besten Erfolg**

## Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

4. Gruppe vollstimmiger Operetten-Vorstellungen:  
(Partett 2.50 M. ufm.)

Mittwoch, den 17. April, 20 Uhr  
**Gräfin Mariza**  
Donnerstag, den 18. April, 20 Uhr  
**Eine einzige Nacht**  
Freitag, den 19. April, 20 Uhr  
**Die Herzogin von Chicago**

Sonntag, 21. April, 15.30 (nachm. 8 1/2) Uhr  
**Drei arme kleine Mädels**

.....  
Genossen! Achtet beim Einkauf unsere Inseraten!  
.....

**Arbeiter, Angestellte und Beamte**

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes u. des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

**„Volksfürsorge“**  
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstellen in Breslau, Margaretenstr. 171, Liegnitz, Bismarckstr. 4 (Volkshaus), Waldenburg, Sandstr. 1 Gleiwitz, Postamtstraße 11, Herr Johann Mosch, Opatowitz, Zimmerstraße 6, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 6, An der Alster 68/69

## Wandlereibhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Belebung d. Augen, Wäsche und Schmuckstücken

## Arbeitergarderobe und Berufsbildung

aller Art kauft man am billigsten bei  
**S. Glass Jr.**  
Beuthen, Ring 18, Ecke Krakauer Straße  
Ältestes Geschäft am Platz  
Telephon 4890 Gegründet 1864



# Waldenburger Bergland

## „Reiß auf Lohnkampf und 1. Mai — wir fahren Auto!“

Aus Bürgersdorf erhalten wir folgende Arbeiterkorrespondenz: Eine unerhörte Provokation gegenüber den Textil-... (text continues)

benutzt werden. In der Hauptsache kommen die Orte Rungsdorf, Ludwigsdorf und Neurode in Frage, wohin man zu fahren hätte. Für den Nachtpreis der Autogarage ließe sich ein Büro in Ludwigsdorf oder Neurode beschaffen. Ein Sekretär könnte von hier nach dort verkehrt werden, denn für drei Personen ist hier nicht genügend Arbeit vorhanden. (Partei- und persönliche Geschäfte können Herr Kramer und Co. zu Hause machen.) Den Kollegen in Ludwigsdorf und Neurode könnte durch ein Büro große organisatorische Hilfe gebracht werden, größere Massen könnte der Verband gewinnen. Doch das ist nicht das Ziel der Bewegung. Immer schon Ruhe, viele Diäten und schöne Spazierfahrten ist ihr Ziel. Die Erregung über ihre Falschung ist in den Betrieben groß. Auch Frau Kramer ist natürlich sehr glücklich. Eine feine Partie mit Genossen Herrmann, Weiß und Stilling! Wie entzückend! Frau Kramer träumt: „Und dann, Mann, wenn du mal mit den Genossen in Waldenburg oder Breslau was zu erledigen hast, brauchst du ja nicht mehr auf den harten Bänken in der Eisenbahn zu fahren.“

Zum 1. Mai hatte man es nicht nötig, viel zu sagen. Den Funktionären empfahl man, wenn es ihnen möglich sei, zu feiern. Die Gewerkschaft feiert ihn nicht. Wir Kommunisten rufen den Arbeitern zu: Der 1. Mai ist Weltkampftag! Verlaßt geschloßene Betriebe! Schließt euch dem Aufruf der Kommunisten an! Kampf gegen berartige Flauenmacher! Fort mit den verbürgerlichten Gewerkschaftsautoritäten! Stärkt die Opposition! Für Achtstundentag, für 15 Hg. Lohnerhöhung! Fort mit dem Schlichtungsschwindel! Nieder mit jeder Koalitionsregierung! Für ein Aite-Deutschland!

### „Am 1. Mai — für Kriegsrückung“

Der ADGB-Ortsausschuß Waldenburg veröffentlicht in der sozialdemokratischen „Dreiwacht“ ein Schreiben, in dem er die Gewerkschaftsmitglieder zur Beteiligung an der Maidemonstration der SPD auffordert. Als Begründung führt er an: „Die Beteiligung der freigewerkschaftlichen Mitglieder an der...

Feier der kommunistischen Partei kommt nicht in Frage, da diese Partei bisher den gewerkschaftlichen Bestrebungen, wo sie konnte, entgegengehandelt hat. Dagegen hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, soweit es ihre Macht erlaubte, die wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaften wahrgenommen.

Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen! Wir demonstrieren am 1. Mai für den Völkerfrieden, den Achtstundentag und den Ausbau der Sozialgesetzgebung.“

Jedes Wort in dieser Begründung ist eine bewusste Lüge. Die SPD hat seit jeher sich für die Stärkung der Gewerkschaften und für ihre Umwandlung in Massenkampforganisationen eingesetzt. Die SPD hat dagegen das Schlichtungssystem geschaffen und ausgebaut, das jeden gewerkschaftlichen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen trachtet. Die sozialdemokratische „Dreiwacht“ war es, die noch vor der Revierkonferenz zum Streikbruch im Bergarbeiterkampf aufrief. Die Aufforderung des Waldenburger ADGB-Vorstandes ist eine freche Provokation der Gewerkschaftsmitglieder! Sie ist ein offenes Geständnis, daß die Gewerkschaften in den Augen der Reformisten lediglich Filialen der Sozialdemokratie sind.

Wann und wo ist die SPD für den Ausbau der Sozialgesetzgebung, Achtstundentag und Völkerfrieden eingetreten? (Lösungen, für die der ADGB auffordert, im SPD-Umzuge zu demonstrieren.) Vor der Maiwahl versprach die SPD, den Kampf für diese Ziele zu führen. Nach der Maiwahl setzte die Koalitionsregierung mit den SPD-Ministern an der Spitze die Bürgerblockpolitik fort.

„Demonstrieret mit der SPD für den Völkerfrieden“, ruft heuchlerisch der ADGB-Vorstand und weiß genau, daß er damit die Arbeiter auffordert, für die Politik der Sozialdemokratie einzutreten: für den Panzerkreuzer, für den Reichswehretat!

Gestern nahmen wir Gelegenheit, das deutschlandweite „Neue Tagesblatt“ zu zitieren, das die sozialdemokratischen Führer, insbesondere Börgel in Berlin, lobte. Man merkt, daß die kleinen SPD-Größen in Bürgersdorf, Waldenburg und anderen Orten ihren großen Größen in nichts nachstehen wollen. Auch sie wollen ein Lob von dem Unternehmertum haben. Deshalb bremsen sie bei Lohnkämpfen, pfeifen auf den 1. Mai als Kampftag — und laufen sich lieber mit Hilfe der Gewerkschaftsbeiträge Autos. Dort, wo die Arbeiterschaft unter allen Umständen demonstrieren will, versuchen diese Leute, einen einheitlichen Aufmarsch zu verhindern und ihm die Form eines Spazierganges für verschwommene und verlogene Lösungen zu geben.

Arbeiter, die Reaktion in Deutschland erwartet. Die Sozialdemokratie steht offen in der Front der Bourgeoisie! Sie hilft offen an den Kriegsvorbereitungen mit. Wehrt euch! Beschließt überall: Arbeitsruhe am 1. Mai! Einheitliche Demonstration unter Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Gegen die Koalitionsregierung des Unternehmers! Für die revolutionären Kampfaktionen des internationalen Proletariats!

### Nicht einmal Disziplinarverfahren gegen Blech

Der Kantalarbeiterverband teilte Ende vergangener Woche der Öffentlichkeit mit: „Der Herr Regierungspräsident in Breslau hat mit Schreiben vom 10. April 1929 den in der Sitzung des Verbandsausschusses vom 26. März 1929 beschlossenen Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens und vorläufigen Amtsenthebung des Baudirektors Blech abgelehnt. Da das Disziplinarverfahren auch den Schutz des Beamten gegenüber Vorwürfen, die gegen ihn erhoben werden, bezweckt, hat der Herr Regierungspräsident dem Antrage des Herrn Baudirektors Blech stattgegeben und eine Klärung der Angelegenheit durch eine Vernehmung und Urteil des als Disziplinargericht fungierenden Bezirksausschusses veranlaßt. Herr Baudirektor Blech hat seinen Dienst heute wieder aufgenommen.“

Das ist die bündige Antwort der Regierung auf den Mehrheitsbeschluß des Verbandsausschusses, ein Disziplinarverfahren gegen Blech zu beantragen: Disziplinarverfahren gibt's nicht. Blech bleibt im Amt. Die wertvollen Steuerzahler haben nichts zu sagen! Auf der Guck-Grube gab es keinen Lohn. A. R. Zu Mittag am Montag, dem 15. d. M., kamen wie gewöhnlich die Bergtumpel, darunter auch die, die 15 bis 25 Kilometer zur Grube haben, zum Lohnstag, um die Hungerpfennige und den Rest abzuheben. Aber wie erstaunt waren die Gesichter, als sie erfuhren, daß heute kein Geld ausgezahlt wird. Kameraden, von euch wird Kohle und wieder Kohle unter den größten Anstrengungen verlangt, aber der Betriebsführer Schwenger hat es nicht für notwendig gefunden, der Belegschaft am Sonnabend Mitteilung zu machen, daß der Lohn erst am 16. April ausgezahlt wird. Aber der Betriebsführer Schwenger macht sich keine Gedanken, daß er die Nachtschichtler unnötig lange Wege laufen ließ. Auch der Betriebsrat möchte sich etwas besser um die Interessen der Arbeiter kümmern.

### Oberes Revier

A. R. Zu Mittag am Montag, dem 15. d. M., kamen wie gewöhnlich die Bergtumpel, darunter auch die, die 15 bis 25 Kilometer zur Grube haben, zum Lohnstag, um die Hungerpfennige und den Rest abzuheben. Aber wie erstaunt waren die Gesichter, als sie erfuhren, daß heute kein Geld ausgezahlt wird. Kameraden, von euch wird Kohle und wieder Kohle unter den größten Anstrengungen verlangt, aber der Betriebsführer Schwenger hat es nicht für notwendig gefunden, der Belegschaft am Sonnabend Mitteilung zu machen, daß der Lohn erst am 16. April ausgezahlt wird. Aber der Betriebsführer Schwenger macht sich keine Gedanken, daß er die Nachtschichtler unnötig lange Wege laufen ließ. Auch der Betriebsrat möchte sich etwas besser um die Interessen der Arbeiter kümmern.

### Freiburg

#### Heraus zum Kameradschaftsabend

Sonnabend, den 20. April, 19.30 Uhr findet im „Grünen Baum“ ein öffentlicher Kameradschaftsabend des ADGB mit Vorträgen und Tanz statt. Zeitungslerner und Sympathisierende sind willkommen. Alle Genossen des ADGB kommen am heutigen Mittwoch um 19 Uhr in die städtische Turnhalle zum Helmenabend. Genosse Spittler-Waldenburg ist anwesend.

# Niederschlesien

## SPD-Bezirkskonferenz für Wehrprogramm und Konfordat

Auf der am Sonntag in Görlitz abgehaltenen Bezirkskonferenz der SPD für Niederschlesien hielt L. D. das Referat über die Stellungnahme zum Ragsburger Parteitag, in dem er hauptsächlich Wehrfragen erörterte. Seine Resolution wurde gegen 7 Stimmen angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut: „Die am 14. April in der Görlitzer Stadthalle tagende Konferenz des Bezirks Görlitz (Niederschlesien) der SPD betrachtet das Programm zur Wehrfrage als eine brauchbare Grundlage zur Schaffung eines Wehrprogramms für die Partei.“

Zum Konfordat wurde eine Entschließung der Oberbürgermeisterin Dr. Wegscheider gegen 14 Stimmen angenommen: „Die am 14. April in der Stadthalle tagende Konferenz des Bezirks Görlitz (Niederschlesien) der SPD fordert von der preussischen Landtagsfraktion, daß das Konfordat mit der Römischen Kirche der Kirche keine Vermehrung von Macht und Recht über die in der Reichsverfassung gesicherten Rechte hinaus (!) gibt und daß Schul- und Bildungsfragen durch das Konfordat in keiner Weise geregelt werden.“

Diese beiden Resolutionen sind bezeichnend für die niederschlesische SPD, deren Führer in ihrer Besorgnis, von den Bürgerlichen etwa schief angesehen zu werden, auf alle „linken“ Phrasen verzichten und sich ohne Umstände willig den Kapitalisten unterordnen. „Wehrprogramm“ heißt — trotz angenommener Friedensphrasen — Aufrüstung! Noch unzuverlässiger ist die Resolution der „Proletarierin“ Wegscheider, die nicht etwa — wie die „linken“ Phrasenreiter — angeblich gegen das Konfordat überhaupt ist, sondern nur verlangt, daß die Kirche durch dieses nicht „mehr Macht“ als vorher bekommt. Das heißt also erstens für das Konfordat und zweitens doch mit Nachhinein Erweiterung der Kirche einverstanden zu sein, denn jedes Konfordat ist Sicherung und Garantie für die Erweiterung des Rechtsinflusses. Nur aus diesem Grunde dringt doch die Kirche zum Konfordat. Das sind so einfache und logische Dinge, daß eben die ganze Demagogie der Sozialdemokratie dazu gehört, so zu tun, als wäre es anders.

Und die sozialdemokratischen Arbeiter? Muß ihnen bei den elenden Gaullertricks ihrer Führer nicht endlich klar werden, daß sie veraten und verkauft sind, wenn sie die Partei des Panzerkreuzers und Polizeistumpels nicht vollständig verlassen? Die Arbeiterschaft sammelt sich immer mehr um die SPD, wie besonders die Betriebsratswahlen beweisen. Sozialdemokratische Arbeiter! Laßt die Herrmann Müller, Orzechowski, Börgel, Köbe, Wegscheider, Taubadel, Buchholz und Co. unter sich! Ihr habt bei ihnen nichts mehr zu suchen. Euer Platz ist in der revolutionären Kampffront, in der kommunistischen Partei!

### Liegnitz

Reinold im Ehecheidungsprozess. Am Montag begann am Landgericht Liegnitz unter Vorsitz von Landgerichtsrat Richter die zweite diesjährige Schwurgerichtssitzung, die nur zwei Verhandlungen wegen Reinolds umfaßt. Nach Bereidigung der Geschworenen wurde gegen den des Reinolds beschuldigten 37-jährigen Wirtschaftsdirektor Georg Freiesleben verhandelt. Der Angeklagte wurde als Angeklagter des Kaufmanns...

Rudolf Preuß kennen, der ihm Arbeit anbot, die er auch annahm. Er kam schließlich verschiedentlich von Weihnachten 1926 bis 1. Oktober 1927 in die Familie des Preuß. Er verstand es, sich das Herz der Frau des Kaufmanns zu erobern und sie ihrem Mann abspenstig zu machen. Endlich ging er gar mit der Frau durch. Der Ehemann strengte Ehecheidungsantrag an. In dem Prozeß des Ehepaares wurde Freiesleben vernommen. Er behauptet, Lehnen „ehelicher Unmoral“ mit der Frau gehabt und sie, nachdem er Görlitz verließ, nicht wiedergesehen zu haben. Der Rechtsanwalt des Ehemanns aber zog anderslautende Informationen ein. Auf sein Betreiben wurde dann Freiesleben am 24. Mai in Görlitz nochmals gerichtlich vernommen. Der Vorsitzende sagte ihm, die Frau habe selbst ihre intimen Beziehungen schon zugegeben. Hierauf widersprach der Angeklagte seine Aussagen und gab an, in zwei Punkten einen Meineid geleistet zu haben. Am 1. Oktober fuhr er mit der Beklagten zusammen von Görlitz nach Berlin zu seiner Stiefmutter. Anschließend begab er sich nach Lebus zur Tante der Ehefrau, wo sie ihn diesmal als ihren Mann ausgab. In Berlin und Lebus hatten die beiden intimen Verkehr. Vor den Geschworenen brachte der Angeklagte zu seiner Entschuldigung vor, er habe die Frau nicht bloßstellen wollen. Nachdem sie aber selbst gesprochen habe, hätte auch er reden können. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis, da dem Angeklagten strafmildernd der § 157, 1 des Strafgesetzbuches, der Meineid milder bestraft, wenn sich der Beschuldigte durch die Wahrheit seiner strafbaren Handlung (in diesem Falle des Ehebruchs!) begehrt hätte, zugute kommt. Das Schwurgericht erklärte auf sechs Monate Gefängnis. Große Bedeutung wird die dritte Liegnitzer Schwurgerichtssitzung haben, da sie Prozesse, die in ganz Schlesien Aufsehen erregen, bringen wird. Unter anderem wird der Schönborner Raubmord zur Verhandlung stehen.

### Hagenau

Protestiert gegen den Schandentwurf! Die Ortsleitungen der Partei sowie des ADGB berufen hiermit zu Freitag, den 19. April, um 20 Uhr im Volkshaus eine öffentliche Mitgliederversammlung ein. Alle Genossen, ADGB-Kameraden, Zeitungslerner und Fremde der Bewegung müssen an dieser Versammlung teilnehmen. Als Referent erscheint der Genosse Rebafter Dombrowski-Breslau. Keiner fehle!

### Sagan

Arbeitsvermittlung unter Tarif. Der Arbeitslosen-Ausschuß schreibt mit: In dem Bericht „Zum Arbeitsamtsbezirk Sagan-Sprotau“ lesen wir in der Sonntagnummer des Saganer Wochenblatts, daß sich die Zahl der Unterstützungsempfänger vom 4. bis einschließlich 10. April um rund 188 verringerte. Es sind noch 742 Unterstützungsempfänger am 10. April gewesen (629 männliche und 213 weibliche). In der Erklärungsperiode waren es 172 (94 männliche und 78 weibliche) Personen. Man will...

durch diese Zahlen den Erwerbslosen den Trost einflößen, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo jeder von ihnen Arbeit haben wird. Andererseits deutet man den Herrn Vorsitzenden vom Arbeitsamt für kein kräftiges Durchgreifen bei Verschaffung von Arbeiten. Es wurde in diesem statistischen Bericht auch festgestellt, daß die 188 Personen meistens für die Land- und Forstwirtschaft vermittelt werden konnten, ja die Nachfrage in der Landwirtschaft werde sich besonders steigern. Nun gewiß, es werden zum Frühjahr wieder Landarbeiter benötigt, aber damit kann man ja doch nicht die Erwerbslosigkeit beseitigen. Denn ihre Ursachen liegen viel tiefer. Niemand sagt, zu welchen Hungerlöhnen die Arbeiter in der Landwirtschaft vermittelt worden sind. Ein Teil wurde in den Pflanzschacht zu 58 Pfennig Stundenlohn entsandt. Der neue Tarif im Tiefbau sieht 4 Pfennig Zulage vor, 68 Pfennig war der alte Tarif im Vorjahre. Zugänglich der 4 Pf. kommen jetzt im Tiefbau 72 Pf. Stundenlohn in Frage. Das Arbeitsamt aber vermittelt unter Tariflöhnen. Man versucht, sich herauszureden, und sagte uns, die Arbeiter haben ja die Stempelpflichten wiederbekommen. Das stimmt. Natürlich zur Beruhigung gab man die Karten wieder; aber wie wir hören, erhielten die meisten am Freitag keine Unterstützung. Erwerbslose, macht die Augen auf und kämpft gemeinsam für höheren Lohn.

### Am 1. Mai heraus!

Au das Arbeitsamt Sagan sowie an den Spruchauschuß richten alle Erwerbslosen den Antrag: Befreiung von der Stempelpflicht aller Erwerbslosen am Mittwoch, dem 1. Mai. Welche Bedeutung der 1. Mai für die gesamte Arbeiterschaft hat, dürfte jedem Arbeiter klar sein. Der Erwerbslosenauschuß richtete an das hiesige Arbeitsamt schriftlich den Antrag auf Befreiung von der Stempelpflicht an diesem Kampftage. Sollte man mit der Ausrede kommen, am Mittwoch muß gestempelt werden, damit jeder Erwerbslose sich über die Zahlstage informieren kann, so verweisen wir darauf, daß sich dieses auch am Dienstag regeln läßt. Auch das Wohlfahrtsamt muß gezwungen werden, dementsprechend zu verfahren. Erwerbslose, am 1. Mai heraus zur Demonstration!

### Anfrage an den Magistrat

Wir fragen hiermit den Magistrat an, was er zu tun gedenkt, um Arbeit für die Erwerbslosen zu beschaffen. Wurde nicht im Oktober und November vorigen Jahres so viel in den Stadtverordneten-Versammlungen verprochen? Da wollte man Arbeiten sowie Rotstanzarbeiten in Höhe und Fülle vornehmen lassen. (Kanonisation vom Schlachthaus bis in den Rober, den Augustinergraben entlang, Pflasterung der Fischenborfer Straße, Abhockung beim Judenstichhof usw. Der Bau einer zweiten Biberbrücke war, wie wir wissen, auch schon mal geplant, aber an dessen Stelle zog man sich den Kassenabgang von einigen Millionen vor.) Wir wissen, daß die Erwerbslosigkeit in diesem Sommer weit größere Zahlen als im Vorjahre anweisen wird, der übergroße Teil wird nicht in der Lage sein, die Arbeitslosigkeit von 26 Wochen erfüllen zu können. Der Magistrat läßt die Dinge laufen, wie sie kommen und glaubt, daß durch den Bau der paar Häuser hinter der „Herberge zur Heimat“ alles in Butter ist. Wir fordern sofortige energische Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung!

### Bunzlau

Am Donnerstag, dem 18. April, 20 Uhr im Volkshaus (Meine Saal) Öffentliche Versammlung. Referent: Gaufröher Scholl, Kameraden, Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen!



# Oberschlesien Arbeitende Jugend! Heraus zum 1. Mai!

„Alle Räder stehen still,  
Wenn dein starker Arm es will.“

Das war der Ausruf des auf dem Sozialkongress 1889 zu Paris beschlossenen Weltkampfes, des 1. Mai.

Wiele Opfer mußte das Weltproletariat zur Durchführung dieses Kampfes bringen. Aber trotzdem kämpfte sich die Arbeiterschaft das Recht auf den 1. Mai und demonstrierte für den Achtstundentag. Aber bereits während des Krieges wurde der internationale Gedanke gebrochen und das Band zwischen der internationalen Arbeiterbewegung gelöst. Zugunsten des Burgfriedens, zugunsten der Verschönerung der Arbeiterchaft als Kanonenfutter für die Kriegsführenden verriet die Sozialdemokratie die Arbeiterbewegung. Nur keine revolutionäre Widerheiten, allen voran die revolutionäre Jugend, demonstrierten trotz aller Fesseln und Verfolgungen unter der Führung Karl Liebknechts.

**Gegen den imperialistischen Krieg!**  
**Für den Klassenkampf! Gegen den Krieg!**  
1916 in Berlin und Jena, 1917 in Braunschweig und Dresden und anderen Orten hob die revolutionäre Jugend die rote Fahne, das Banner der Revolution, empor. Und 1918 sollte wahr gemacht werden, wofür während des Krieges unzählige Opfer gebracht wurden. Doch die Ebert, Scheidemann und Noske gingen zusammen mit der weißen Soldateska gegen die revolutionäre Bewegung vor.

Der 1. Mai 1919 steht die Niedermetzelung der bayerischen Räte-republik mit Hilfe der Sozialdemokraten Hoffmann. Und von da an ging die deutsche Bourgeoisie mit ihren Handlangern durch ein Meer von Blut. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogiches und Leviné wurden ermordet, und mit ihnen Zehntausende der besten Arbeiter.

Selbst in Oberschlesien wurde der 1. Mai 1924 blutig niedergeschlagen. Alle Kundgebungen und Demonstrationen waren an diesem Tage verboten. Aber die ober-schlesische revolutionäre junge und erwachsene Arbeiterschaft demonstrierte trotzdem unter der Fahne Karl Liebknechts im Geiste der internationalen Solidarität gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Polizei provozierte Zusammenstöße, die einen blutigen Ausgang anbahnten. Neben vielen Verwundeten, mußten wir unseren Jugendgenossen Roman Nowak aus Wistupitz belegen, der im Kampfe durch eine Kugel tödlich getroffen wurde.

Der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterschaft ist von den Sozialdemokraten seiner revolutionären Tradition enthüllt. Wieder versuchen die Schergen des Kapitals den Aufmarsch der revolutionären Arbeiterschaft zu verhindern. Der Erlaß des Gesetzes über den Ausnahmezustand über Berlin, die bereits getroffenen Maßnahmen gegen den Aufmarsch der Berliner Arbeiterschaft am 1. Mai sind die besten Beweise der brutalen Entrechtung und Unterdrückung der gesamten Arbeiterschaft in dieser „freiheitlichen kapitalistischen Republik“. Die Bourgeoisie mit ihren Handlangern sieht, daß der Kampftag der Arbeiterschaft wächst. Sie sehen den mächtigen Aufschwung der Arbeiterbewegung und den Vormarsch der Kommunisten auf allen Fronten des politischen Kampfes. Die „Demokratie“ in dieser kapitalistischen Republik reicht nicht mehr aus, um den revolutionären Vormarsch der Arbeiterschaft niederzuschlagen, deshalb greifen sie zu faschistisch-diktatorischen Maßnahmen, um das Proletariat niederzuschlagen, um ihre kapitalistische Herrschaft zu sichern.

Aber die Arbeiterschaft und mit ihr die Jugend wird am 1. Mai aufmarschieren und den ruffischen Brüdern folgen. Dort, in Sowjetrußland, ist der 1. Mai gesetzlicher Feiertag, der Achtstundentag für alle Arbeiter und der Sechstundentag für Jugendliche unter achtzehn Jahren ist festgelegt. Dieser revolutionäre Weg, zur Befreiung der Bourgeoisie, zur Überwindung der Not und der Macht durch das Proletariat in Sowjetrußland hat sich als richtig erwiesen. Deshalb versuchen die Imperialisten den ersten Arbeiterstaat der ganzen Welt zu zerstören, bereiten sie den Krieg vor und versuchen, die arbeitende Formationen auf den kommenden Krieg vorzubereiten.

Jugend in den Fortbildungsschulen, Werkpostvereinen und anderen Dagegen muß Front gemacht werden, die Jugend soll wieder als Kanonenfutter dahingemordet werden. Jungarbeiter! Deshalb reißt auch in den SPD, in die breite Massenfront des Proletariats ein! Daß die Hammer ruhen am 1. Mai, demonstriert mit uns gemeinsam:

Für die Diktatur des Proletariats!  
Gegen den imperialistischen Krieg!  
Für die Verteilung der Sowjetunion!  
Gegen die Kapitaloffensive!  
Für den Achtstundentag und den Sechstundentag für Jugendliche unter 18 Jahren!  
Kommunistischer Jugendverband  
Bezirk Oberschlesien.

Freiheit. Vielleicht selber davon überzeugt, daß die von ihnen vertretenen heruntergeleiteten Titeln mehr emotional als überzeugend auf die Versammlungsbesucher wirkten, und daher ein kommunistischer Diskussionsbeitrag die Versammlung beleben möchte. Zur letzten Versammlung hatte man sich einen Referenten namens Karl gewählt, geschrieben, der, seinem Format nach zu rechnen, einen der vielen abgetragenen Feldwebelleutnants darstellte, jedoch, wenn man es so sagen darf, sich schließlich in einem bürgerlichen Kreis als zu rechtfinden konnte, und jetzt als Teufel und Dämon-Unterdrückung von Jungenberg's Gnaden nationalsozialistische Kampfbanner an den Mann zu bringen versucht. Seine nationalsozialistische Tradition gemäß, war sein Lieblingslied, „Friedrich der Große“ und die „Kriegsstimmung von 1914“, wo Deutschlands Macht und Größe von einigen Novemberlingen erdolcht wurde. Zahl tags —  
Hannes, merkt du was?

Die Nazi-Beobachtungen und Schläge der deutschnationalen Jugendbewegung, „Ober-schlesische Tageszeitung“ warfen sich in Postur. Der sich im Saale befindliche Anhang von Nationalsozialisten, Finanzbeamten und verachteten Lehrern mit dem Oberlehrerwahn spendeten freihändigen Beifall auf Bestellung. Dem 1. Mai 1924, „Haut“ in der Sache. Man hat jetzt endlich die Partei, die Reiterin aus dem nationalsozialistischen und „Slawerei“, entsetzt. Als politisches Kampfinstrument hat man nach Veränderung der politischen Kampfbanner der zeitweise in Antisemitismus machenden deutschnationalen Partei (Wampe halb und halb) die Stammesplatten auf neu repariert und ausgebleicht aufgelegt. „Kampf dem Dames-Plan!“ Derselbe wird im Bürgerhaushalter in München seinen Ausgang nehmen? Begleitmusik: „Der 1. Mai“, „Der 1. Mai“, „Der 1. Mai“ (Les: Deutschland dem Jugendbewegung) als Begleitmusik: „Friedrich der Große“, „Nieder mit den Juden!“ (damit die Weissen das Volk besser plündern können). Begleitmusik: Das Lied von der „arisch-semilichen Jungfrau“. Die Polizei ist feiner auf die Deutschnationalen Partei wetteifern, als die Arbeiter Deutschlands, und Meten zogen, sich dann dem Zentrum und über SPD zumwandten, und enttäuscht nach neuen Parteien suchen, werden auch bei den Nazis, dem Verein für politische Kinderarbeiten, Meten leben müssen. Die Masse der Parteibörer revolutionären Arbeiterschaft wird weiter den Kampf führen unter Führung der SPD!

## Oppeln Arbeiter nimmt Stellung zum 1. Mai!

Der Welttag des Proletariats rückt immer näher. Überall rufen die Arbeiterschaft zu mächtigen Demonstrationen. Die Bourgeoisie erzittert und läßt durch ihre Werkzeuge, die Sozialfaschisten, Gegenmaßnahmen treffen. Die Gewerkschaftsbürokraten stehen hinter ihren Ministergenossen und beabsichtigen, den 1. Mai in aller Stille, gemäß dem Wunsche der Bourgeoisie, zu begehen.

Die SPD, die Führerin des Proletariats, setzt alles daran, den 1. Mai in seinem wahren Charakter, als Kampftag des Weltproletariats, durchzuführen. Auch in Oppeln muß es dieses Jahr wieder zu einer massiven Demonstration kommen. Auf das Demonstrationserbot des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters aus Mitleid im vergangenen Jahr, auf die Verbote im Reich und die Drohungen des Gewerkschaftsbürokraten Grzesinski muß die Antwort auch der Oppelner Arbeiter am 1. Mai eine kräftige sein.

Die SPD, Unterbezirk Oppeln ruft die gesamte Arbeiterschaft auf, heute schon in den Betrieben zum 1. Mai Stellung zu nehmen, die Vorbereitungen zu treffen, daß der 1. Mai als Kampftag auch in Oppeln durch vollständige Arbeitsruhe und eine wichtige Demonstration durchgeführt wird.

Zur näheren Besprechung über die Vorbereitungen und Durchführung des 1. Mai laden wir alle Betriebsräte, Gewerkschaftsvertreter aus dem Städt. und Landkreis, sowie alle revolutionären Gewerkschaftsfunktionäre am Sonnabend, dem 20. April, 19.30 Uhr, ins alte Schützenhaus ein. Wir erwarten, daß jeder Betrieb vertreten ist, und die Oppelner Arbeiterschaft am 1. Mai einheitlich unter den roten Fahnen der Revolution demonstrieren wird. — WZ, der SPD.

## Proteststurm gegen das Konkordat

Gegen das Konkordat sprach am Sonntag im alten Schützenhaus in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Peter Raslowitz, Mitglied des Reichstages. In recht ausführlichen Worten behandelte er die Frage des Konkordats und seine Folgen für die Arbeiterklasse. Der Etat steht nur die „kleine“ Summe von 88 Millionen an! Jahr für die Kirche vor, während für wirkliche soziale Aufgaben lächerlich geringe Summen eingesetzt sind. Durch das Konkordat soll eine Milliarde Mark an Volksvermögen der nimmerlatten Kirche ausgeschleudert werden. Nach Lage der Dinge sei das Konkordat so gut wie abgeschlossen, weil es ja den Vätern gelungen ist, 20 sozialdemokratische Abgeordnete für das Konkordat zu gewinnen. Die Sozialdemokratie trage die Hauptschuld, wenn es zum Abschluß komme. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun ist der Mann, der schon monatelang mit dem Vatikan hinter verschlossenen Türen verhandelt. In der Diskussion sprachen mehrere Diskussionsredner, darunter auch der SPD-Mann Meier, der unter anderem erklärte, daß er nicht glauben wolle, daß seine Minister und Abgeordnetengenossen dem Konkordat zustimmen werden.

Im Schlußwort wies Genosse Raslowitz mit allem Ernst darauf hin, daß es Zeit wäre, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die Funktion, daß die SPD, Gegnerin des Konkordats sei, abstreifen, weil wir vor dem Abschluß des Konkordats stehen und heute schon feststeht, daß die SPD-Minister diesem Vertrag ihre Zustimmung geben werden. Sie müssen mit uns gemeinsam den Kampf gegen die Kulturreaktion aufnehmen.

Die nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:  
„Die fortschrittlich und freigeistig denkende Bevölkerung Oppels nimmt Kenntnis von der Absicht der preussischen Regierung, mit dem Vatikan einen Staatsvertrag (Konkordat) abzuschließen. Da Konkordate eine Verletzung des schaffenden Volkes sind, verurteilt die preussische Regierung durch Geheimverhandlungen diese Lasten zu verheimlichen, um gemeinsam mit dem Klerus das Volk durch fertige Tatsachen zu überrumpeln. Wir protestieren gegen den Abschluß eines jeden Konkordats und fordern sofortigen Abbruch der Verhandlungen.“

Überall muß die arbeitende Klasse sich wehren gegen die Machenschaften der preussischen Koalitionsregierung. Der Proteststurm muß gesteigert werden. Es gilt nicht zuletzt, mit dem Kampf aufzunehmen gegen die verhasste SPD.

Buttermarkt probeweise nach dem Wilhelmplatz verlegt.

Bei den letzten Wochenmärkten auf dem Wilhelmplatz hat sich gezeigt, daß es im Interesse einer möglichen Zusammenfassung aller Gegenstände des Wochenmarktes zweckmäßig erscheint, auch der Buttermarkt auf den Wilhelmplatz probeweise zu verlegen. Auch aus Kreisen der Käufer, besonders von Hausfrauen, ist ein derartiger Wunsch lebhaft geäußert worden. Der Magistrat hat sich mit dieser Angelegenheit eingehend befaßt und in seiner letzten Sitzung auf dieser Angelegenheit sein Einverständnis erteilt. Die städtische Polizeiverwaltung hat jetzt eine Anordnung erlassen, daß ab Freitag, dem 19. April d. J., zunächst probeweise auf dem Buttermarkt von der Hospitalstraße nach dem Wilhelmplatz verlegt wird. Die probeweise Regelung wird zunächst beibehalten werden. In der Zwischenzeit hat der Magistrat Gelegenheit zu seinen weiteren Entschlüssen wegen eventueller Veränderung dieser Probebestimmung.

**Radio-Sprechapparate, Schallplatten**  
Loth. Tschorneck, Gletwitz, Tarnowitz, Str. 2

## Rot Front — nach Hamburg!

Wir sind geboren, Laten zu vollbringen  
Für Menschenrecht, gen Rot und Slawerei.  
Die Rote Front wird alle Feinde zwingen!  
Tod den Bebrüdern und der Tyrannen!

Wir sind das Heer der unterdrückten Massen,  
Die hart wie Stahl der Kampf nur bilden kann  
Aus dumpfen Stuben, dunklen engen Gassen,  
Die Faust erheben, schwören wir Rot Front.

Wir sind der Stauwurf ober-schlesischer Gruben,  
Dem Land vom Kreuz und selbem Hememord,  
Von schwarzen Ratten und schäblichen Duden  
Bedroht umgeben. Doch wir bleiben rot.

Aus Beuthen, Arensburg, Kattow und Reife,  
Selbst aus verbotenen Orte Hindenburg  
Marchiert der roten Front geschlossene Masse  
Mit Fahnen auf das rote Hamburg zu.

Wir fahren, wir fahren, wir fahren.  
Ein donnernd Rot Front ergeht.  
In Hamburg geloben die Scharen:  
Wir errichten den Gemset der Welt!

## Gletwitz

Die Drei von „Gottes“ Gnaden bei Buzalowski

Wenn man in das Schaufenster der Firma Buzalowski kommt und links die Bilder an den Wänden betrachtet, so denkt man, man hat eine Miniaturgalerie derer von „Gottes Gnaden“ vor sich. Trotz zehn Jahre kapitalistischer Republik versucht man bei den Proleten, die dort ihr Geld verheeren, Stimmung zu machen für die, die uns „herzlichen Betten“ entgegengeführt haben. Obwohl schon ein paar mal von den dort verkehrenden Arbeitern hingewiesen wurde, daß die Bilder entfernt werden, hat man nur faule Ausreden übrig, z. B.: „Es ist schade um die schönen Bilder“, „Es wird bald umgebaut, dann kommen sie fort“, „Wir haben keine anderen Bilder, um sie auszuwechseln“ u. dgl. mehr. Auf Grund des immer wieder Vorstellens der Gäste hat man sich nun, wahrscheinlich mit schwerem Ach und Weh, hergeben müssen, die Krone vom Bilderrahmen des Bildes des „Hörschaders von Ametongen“ zu entfernen, an den beiden anderen sind sie noch drauf.

Wir denken, daß der Stahlhelm für die nationalstische Propaganda in einem offenen Geschäftslokal die Firma bald als Ehrenmitglied aufnehmen wird. Daß Herr Buzalowski für die Arbeiterschaft nichts übrig hat, ist ziemlich bekannt. Das hat er erst vor einer Zeit wieder bewiesen, als der Aufsicht der „Arbeiter-Zeitung“ bei ihm vor sprach, im Interesse seiner Kunden, wegen Aufgabe eines Inserats, indem Herr B. unserem Sekretär die Tür vor der Nase zumachte, mit dem Bemerkens: „er hätte kein Interesse daran“.

Die Arbeiter sollten sich ernsthaft vornehmen, nur bei den Kaufleuten zu kaufen, die Inserenten der „Arbeiter-Zeitung“ sind. Sie unterstützen dadurch ihre Zeitung.

Reformist Syguba weiß Gewerkschaftsmitglieder aus dem Verbandsbüro.

Während Kriminalbeamte als „Gäste“ auf den Gewerkschaftsbüros weilen, werden oppositionelle Kollegen aus dem Büro gewiesen. Der Genosse L. als Mitglied des DVB, begab sich nach dem Büro des Verbandes, um mit dem dort sitzenden Sekretär Syguba eine Lohnangelegenheit zu besprechen. Der Reformist Syguba hatte nichts Eiligeres zu tun, als unseren Genossen die Tür zu weisen.

Die gesamte Mitgliedschaft muß sich gegen diese Behandlung von seiten dieses Bonzen scharf wenden. Diesem kleinen Kaffeehaus muß noch beigebracht werden, wie man Gewerkschaftsmitglieder behandelt.

## Beuthen

Arbeit für den neuen Betriebsrat

(Von unserem Betriebsratsmitglied)

Für heute wollen wir mal die Mißstände auf unserer Anlage, Carpen-Zentrum-Grube, Flöz 4 und 6, beleuchten. Im nächsten Einfall ist ein reines Solbad. Man braucht wirklich nicht mehr nach Euhowa fahren, sondern man meldet sich bei diesem Flöz. Geld braucht man heute; man bekommt noch Geld. Anzug und Schuhe

werden nicht benötigt, sondern eine Badehose. Das Wasser steht einem bis zum Arsch. Das Glets liegt unter Wasser. Das Glets mit Kohlen auszufüttern, daran denkt die Verwaltung nicht. Die Strede ist eine Berg- und Talbahn. Einen vollen Kasten müssen vier Mann stoßen und kommen auch noch nicht vorwärts, weil die Fahrstrecke eng und niedrig ist. Oft kommt es vor, daß die Kasten aus dem Glets springen. Bei solchen Zuständen sollen noch die Schlepper Soll-Leistung erzielen. Der Steiger erklärt einfach zu diesen Mißständen, daß man die Art nehmen solle und die Stempels und Rappen abhauen.

Würde man diesen „famosen“ Vorschlag durchführen, dann besteht die Gefahr, daß alles über einem zusammenbreche.

Statt die Unfallgefahr zu verringern, machen die Antreiber der Verwaltung solche Vorschläge. Was schert das diese Gesellschaft, es sind ja nur Profetenleben im Spiele. Es gibt doch genügend erwerbslose Arbeiter, die getrieben vom Hunger, sich anlegen lassen.

Der neue Betriebsrat wird gut tun, wenn er sich schleunigst um diese Mißstände kümmert und sorgt, daß sie beseitigt werden. Die Kumpels selbst müssen natürlich mit ihm gegen die Verwaltung ankämpfen.

## Nelisse

Berichtigung.

Die bürgerliche Presse brachte in ihrem letzten Stadtverordnetenbericht die Mitteilung, daß, einem Schreiben des Stadtverordneten August Adam an die Stadtverordnetenversammlung nach, A. aus der SPD. ausgetreten sei, das Mandat aber weiter ausüben werde. Wahr ist vielmehr, daß Adam schon seit Jahren nicht mehr der Partei angehört und daß er ihr das Mandat gestohlen hat. Die arbeitende Bevölkerung weiß, was sie von Leuten vom Schlage Adams zu halten hat. Das Vertrauen zur Partei ist im Wachsen begriffen. Die Partei beklagt wirklich nicht den Verlust eines Renegaten.

## Ziegenhals

NSB-Kamerad Langer beerdigt.

Am Sonntag ist der NSB-Kamerad und Kate-Hilfe-Genosse Langer unter starker Beteiligung der werktätigen Schichten von Ziegenhals beerdigt worden. Viele hundert Proletarier gaben dem toten Kämpfer das letzte Geleit. Trotz seines vorgerückten Alters, 63 Jahre, stand Kamerad Langer in den vordersten Reihen der proletarischen Bewegung. Am Grabe sprach ein Vertreter der Gauleitung des NSB, der den Kameraden Langer als einen unserer Besten schilberte, und zum Schluß aufforderte, daß begonnene Befreiungswerk zu vollenden.

Die Beerdigung war recht würdig und dürfte auch unter den verzerrten Tatsachen einen guten Eindruck hinterlassen haben. Ohne Zutun der „Diener Gottes“ ist Kamerad L. beerdigt worden.

## Ratibor

Die Nationalsozialisten auf dem „Kriegspfad“

Mit großem Eifer hatten die Nazis im „Deutschen Haus“ eine Versammlung veranstaltet. Es muß um eine Bewegung politisch sehr schlecht bestellt sein, die aus Sensation damit operiert, daß kommunistische Diskussionsredner zu erwarten seien. Wir bedanken uns für diese Art von Diskussionsmöglichkeiten, wie sie in einer der letzten Versammlungen gegeben wurden. Sie erinnerte an musikalische Methoden der Knebelung und Heberknebelung von Rede-

## Erste Arbeiter-Schauspieler-Truppe, Breslau „Die Trommler“

Spielen wiederum in ihrer neuesten Komödie in:  
Bismarck am Donnerstag, dem 18. April, um 19.30 Uhr, in der Gemeindekapelle.  
Witzschüg am Freitag, dem 19. April, um 19.30 Uhr, im Gasthaus Kuban.  
Kosel am Sonnabend, dem 20. April, um 19.30 Uhr, im Gasthaus Reichshaber.  
Kaukabs am Sonntag, dem 21. April, um 18.30 Uhr, im Gasthaus Witzschüg, Unter-Mühl-Strasse.  
Eintrittspreis 75 Pf. Vorverkauf in den Ortsgruppen bei allen Funktionären der Roten Hilfe.  
Vertätigte, erscheint in Wajen!  
Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Oberschlesien.



**Weißstein**

**Herbert Weibel, Hauptstr. 2**  
88044  
Gut und billig kaufen Sie im  
**Barenhaus Erich Sange**  
88068  
**Alfred Müller, Salzbrunner Str. 29**  
Kohlehandlung  
88087  
**Georg Wörbs, Konradthaler Str. 23**  
Zigarettenhaus und Mineralwasserfabrik  
88056  
**Max Schäl, Salzbrunner Straße 53**  
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei  
88054  
**Erich Geisler, Gartenweg 4**  
Fleischerei  
88063

**Ernst Schuber, Hauptstr. 63**  
Ferienstr. 208  
Kolonialwaren und Feinleib  
88804  
**HANS HERZOG**  
Altwasserstraße 14  
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel  
88059  
**Heinrich Oplitz**  
Hauptstraße 168  
Bäckerei und Konditorei  
88051  
Mitt. Feine, Hauptstraße / Kolonialwaren-  
Brot, Gebäck, Schokolade, Tabak  
Sämtliche Gebäcke, am Lager  
88052

**Paul Berger, Hauptstraße 98**  
ff. Fleisch- und Wurstwaren  
88065  
„Deutsches Haus“, Hauptstraße 98  
Empfehl. seine Kolonialwaren  
Groß- u. Klein. Saal, Vereinszimmer  
88047  
**Bruno Rinner, Salzbrunner Str. 33**  
Kolonialwaren und Milchverförgung  
Lebensmittelhaus  
88285  
**Kontad Ludwig**  
Altwasser Straße 16  
Fleisch- und Wurstgeschäft  
88204

**Paul Hoher, Hauptstraße 150**  
Bäckerei und Konditorei  
88050  
**Karl Biehmert, Hauptstraße 129**  
Uhren, Möbel, Haus- u. Küchengeräte  
88040  
**Kaufhaus Gante**  
Hauptstraße 115  
88048  
**H. Krause, Joh. W. Argul**  
Kolonialwaren :: Holzwaren :: Reste  
88046  
**Karl Buschmann, Hauptstraße 62**  
Bäckerei und Konditorei  
88045

**Ernst Giesch, Mittelstraße**  
Möbel und Arbeiterbekleidung  
88043  
**Paul Simon / Mollereigeschäft**  
Hauptstraße 144  
88896  
**Weißstein-Hartau**  
Gartenweg Langbiete „Willehmsberg“  
Mag. Kiemer  
empf. seine Kolonialwaren u. Gefäßwaren  
88288  
**WENDELIN LACHNIT**  
Kolonialwaren - Feinleib  
Zigaretten - Zigarren - Tabakwaren  
88267  
**Erst, Weiß- und Feinbäckerei**  
Julius Schwarzer, Gartenweg 2  
88266

**Waldenburg**

**Konfektionshaus**  
88035  
**Max Silberman**  
Herren- und Knaben-Bekleidung  
Kauf bei  
**Jacobsohn**  
Gartenstrasse 6  
88336  
Seppide - Jac. en - Einsteum  
**ADOLF ERNST**  
An der katholischen Kirche  
88270  
**D. Korn, Friedländer Str. 7**  
Nur gute Herren- und  
Knaben - Bekleidung  
Alleinverkauf d. Fa. Louis Mosberg, Bielefeld  
88039

**Kaufhaus**  
**Max Holzer**  
Friedländer Str. 10  
88037  
**Hugo Klahr, Gottesberger Straße**  
Leber, Koffer, Lederwaren, Sportartikel  
88269  
**Fahrradhandlung**  
Ferdinand Anigler, Auenstraße 48  
Reparaturwerkstatt  
88038  
**Waldenburg-Neustadt**  
Friedrich Beder / Hermannstraße 56  
Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen, Ebrech-  
apparate, Beleuchtungsgerä., Reparaturwerkst.  
88420

**Schuhhaus Wendlandt & Söhne**  
Feine und starke Schuhwaren  
Nicolaistraße 7  
88610  
**Thomas Jehler, Nikolaistraße 14**  
Fahrräder - Nähmaschinen  
Reparaturwerkstatt  
88611  
**Nieder-Hermsdorf**  
**Paul Reismay - Becken 3**  
empfiehlt seine Kolonialwaren u. Vereinszimmer  
88494  
**Kaufhaus Witzke**  
Damen- u. Herrenkonfektion, Wäsche  
Tabakwaren  
88491  
**Hermesdorfer Langbiete**  
Gartenweg „Zur Wüsteglersdorf“  
empfiehlt seinen Saal für Versammlungen  
und Vereinszwecke  
88488  
**Kurt Gygaska, Waldenburger Straße 14**  
Kolonial- und Eisenwaren  
88490  
**Josef Switzer, Hauptstraße 29**  
Reste - Fertigwaren - Bettdecken  
Feinleib  
88489

**Karl Wimmel / Wüsteglersdorf 1**  
Kolonial- und Gemischtwaren  
Spielwaren in großer Auswahl  
Mit allem des Babattparbereins  
88429  
**Schuhhaus Langbiete**  
Bellefies Hauptstraße 10  
15 Min. vom Bahnhof Ober-Wüsteglersdorf  
Jeden Sonntag Lang - G. Strauch  
88428  
**Altwasser**  
**Erhard Gochel - Kolonialwaren**  
Delikatessen, Haus- und Küchengeräte  
88041  
**Weißes Hof / Joh. Bruno Orleger**  
empf. großen Saal u. Vereinszimmer  
zu Vergnügen u. Versammlungszwecken  
88042  
**Milchverförgung Grob-Waldenburg**  
Erste Mollerei des Industriegebietes, unter  
dauernd. Kontrolle d. Städt. Gesundheitsamtes  
**Trinkt Milch**  
Glasflaschen u. Lauf, fämil. Mollereiprodukte  
nur von meinen Milchzügen u. Verkaufsstellen  
88040  
**Lebensmittel aller Art gut und preiswert**  
Hermann Lohmer, Charlottenbrunner Str. 34  
neben „Germania“  
88422  
**Erich Haker / Breslauer Straße 86**  
empfiehlt sich zur Neuanfertigung und Aus-  
besserung von Damen-, Tisch- u. Bettwäsche  
88421  
**Zigaretten / Zigaretten / Rauchtabak**  
Adolf Radler, Joh. Fritz Radler  
Breslauer Straße 44 und am Bahnhof  
88428

**Bolkenhain**  
**Alfred Bufe :: Hauptstraße 10**  
Gold- und Silber  
88570  
**H. Grundmann**  
Kolonialwaren :: Tabak  
Zigaretten :: Zigarren :: Meise u. Silber  
88571  
**Bad Salzbrunn**  
**Sorgenfrei!**  
Deutsche Bekleidungs-Verförgungs-  
Aktiengesellschaft  
Waldenburg u. Umgebung  
88593  
**Ober-Salzbrunn**  
**JULIUS JUST**  
Kolonialwaren / Tabak / Zigaretten  
88565  
**Nieder-Salzbrunn**  
**Franz Kreitzberg, Möbelmagazin**  
Teilzahlung gestattet  
88308  
**Paul Klug / Motorräder, Fahrräder,**  
Nähmaschinen und Musikapparate  
88304

**Haynau**  
**Theodor Prinz - Ring 30**  
Mode- und Konfektionswaren  
88401  
**Hermann Sticker, Bahnhofstr. 35**  
Schuhwaren  
Maß- und Reparaturwerkstatt  
88402  
**Part-Restaurant, Parkstraße 12**  
Richard Fritsche  
Angenehmer Familienaufenthalt  
88403

**Bunzlau**  
**H. Grundmann, Gnadenberger Str. 52**  
Fleisch- und Wurstwaren  
88618  
**G. Burle / Stadtstraße 21**  
Herren-Frisiergeschäft  
88612  
**Paul Müller, Rath. Kirchplatz 3**  
Möbelfabrikation  
88608  
**EISENRUBINSTEIN**  
Größtes Unternehmen der Branche am Platz  
88618  
**Gertrud Hobil, Zollstraße 9**  
Weiß- und Holzwaren, Herrenartikel  
88609  
**Erich Kühn - Oberstraße 19**  
Schuhwaren  
Maß- und Reparaturwerkstatt  
88619  
**SCHIFFER & SOHN**  
Wurst- und Fleischkonfervenfabrik  
Schintalzererei  
88617

**Hermann Bretschneider**  
Mühlensfabrikate - Lebensmittel  
88492  
**HEINZEL & SCHUBERT**  
Hauptstraße 4  
Kolonialwaren, Delikatessen, Spirituosen  
88488  
**Damen- u. Herrenbekleidung**  
Strickwaren und Wäsche auf Kredit  
Blitz, Nieder-Hermsdorf, Hauptstr. 3  
88807  
**Ober-Wüsteglersdorf**  
**Heinrich Spitze - 136**  
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei  
88435  
**Kobert Böhm, Hauptstraße 145**  
ff. Feinleib  
Rind- und Schweinefleischerei  
88434  
**ERNST TEICHMANN**  
Reiderhölle, Bettwäsche, Haus-  
und Küchengeräte, Trümpfen  
88436

**Wüsteglersdorf**  
**Alfons Wimmel, Hauptstraße 45**  
Kolonialwaren - Zigaretten - Zigarren  
Seifen - Parfümerien  
88432  
**Richard Moschner - Hauptstraße 17**  
Herren- u. Damenkonfektion  
88431  
**Karl Schöner, Hauptstraße 54**  
empfiehlt Konfektion und Schuhwaren  
zu niedrigsten Preisen  
88430  
**Qualitäts Schuhwaren**  
für Haus, Straße, Gesellschaft u. Sport  
E. Scholz Erben, Hauptstraße 48  
88433

**Blumenau**  
**Gottlieb Giller, Dorfstraße 19**  
Kolonialwaren, Spirituosen, Rauchwaren  
88427  
**Langwaltersdorf**  
**Gerichtskreis Langwaltersdorf**  
- Saal für Vereine -  
88263  
**Sandberg-Waldenburg**  
**Julius Häuser, Waldenburger Str. 55**  
Kolonialwaren / Glas / Porzellan  
Haus- und Küchengeräte  
88261  
**Reichhennersdorf**  
**Heinrich Wolf, Dorfstraße 102**  
Kolonialwaren - Bäckerei  
88388  
**Gasthof „Zum Bergfrieden“**  
- Angenehmer Familienaufenthalt -  
88389

**Liegnitz**  
**Max Süßmann**  
Mittelstraße 11  
Herren- und Knabenbekleidung  
88558  
**Größte Schuhreparatur**  
mit elektr. Betrieb  
F. Amintkewitz, Burgstraße 50  
88555  
**Louis Kowalki, Goldberger Straße 23**  
Deutsche Herren- u. Knabenmoden  
Berufsbekleidung - Herrenartikel  
88554  
**Max Futter, Ring 9/10**  
Kleiderstoffe, Leinen, Baum-  
wollwaren, Putz, Damenkonfek-  
tion, Kurzwaren, Strümpfe und  
Wollwaren  
88556  
Reserviert

**Sortimentshaus**  
**Theophil Rosenthal**  
88515  
**Trinkt Milch**  
**d. Bunzlauer Lehrmolkerei**  
88614  
**Seidenhaus**  
**HEINRICH HAMMERS**  
Seiden / Baumwollwaren  
Kleiderstoffe / Wäsche / Trümpfen  
88618

**Wüsteglersdorf**  
**Richard Moschner - Hauptstraße 17**  
Herren- u. Damenkonfektion  
88431  
**Karl Schöner, Hauptstraße 54**  
empfiehlt Konfektion und Schuhwaren  
zu niedrigsten Preisen  
88430  
**Qualitäts Schuhwaren**  
für Haus, Straße, Gesellschaft u. Sport  
E. Scholz Erben, Hauptstraße 48  
88433

**Fellhammer-Nord**  
**Ernst Krause, Sarg-, Bau- u. Möbel-**  
tischl., Lag. fertige Möbel u. Holzwaren  
88486  
**Springer's Gashaus „Zur Erholung“**  
Langbiete / Arbeiterlokal  
Jeden Donnerstag und Sonntag Lang  
88484  
**Maria Buhl, Hauptstraße 15**  
- Porzellanhandlung -  
88483  
**Josef Kiepel, Hauptstraße 6**  
Sattlerei - Möbel und Einsteum  
88487  
**Eduard u. Oskar Tischerich, Schulstr. 2**  
Schuhwaren - Kolonialwaren  
88485

**Dittersbach**  
**„Reichhennersdorf“ / Hauptstraße 39**  
Herren- und Damen-Möbel-  
Spez. Arbeitschuh zu realen Preisen  
88260  
**Josef Kriegel, Eisenhandlung**  
Haus- und Küchengeräte, Gefäßartikel  
Esslinger Glaswaren  
88250  
**Oskar Wühl, Hauptstr. 166, Tel. 1612**  
Herren- und Knabenkonfektion sowie sämtliche  
Herrenartikel / Bindfäden / Breechesbotten  
88258  
Reserviert

**Breslau-West**

**Zentral-Theater / Ballsäle / Breslau 6, Westendstr. 50/52**  
Inhaber: Alfons Hahn - Ferienstr. 234/29  
88237  
**Lebensmittel**  
Weine, Tabake  
**Otto Binds**  
Bärenstraße 31  
88067  
**Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven**  
Wäsche, Zigaretten, Zigarren, Tabakwaren  
**Fr. Rzeduchka**  
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße  
88278  
**Alsen - Molkerei**  
Milch, Butter  
Eier, Käse  
Alsenstraße 86  
88217  
**Fisch**  
**Spezialgeschäft**  
**K. Schütz, Frankfurter Str. 127**  
88073  
**Hustenbonbon**  
Speise-Eis  
**P. Nierke**  
Pr. Wilhelm-Str. 59  
88056  
**Bären-Drogenie**  
**Altr. Hofmann**  
Bärenstraße 38  
88068  
Sie haben kein Geld zu verhängen!  
Daher aufpassen!  
**Radio-Nachplatz, Friedr.-Wilh.-Str. 16**  
Tel. 88066, Teilzahlung, Sachzahlung  
88315  
**Anna Hahn**  
Fleisch- und  
Räucherwaren  
Alsenstraße 54  
88218

**Kolonialwaren / Delikatessen**  
Tabakwaren - 8 Prozent Rabatt  
**Egon Kraus - Schweigerstraße 9**  
88079  
**Schule u. Spiel**  
bei Wilhelm Bode  
66 Friedrich-Wilhelm-Straße 66  
88316  
**Fahrradhaus Dreher, Auenstraße 9**  
Fleisch, Händl. Victoria- u. OH-Wäder  
Schalplatten - Teilzahlung gestattet  
88068  
**Lebensmittel, Spirituosen, Tabakwaren**  
**F. Schöner**  
Fischer Straße 27, Ecke Alsenstraße  
88070

**Seidat**  
**Dihre's Sattlerien**  
88314  
**Seidenwaren und Kleiderstoffe**  
Billigste Bezugsquelle der Arbeiterklasse  
5% Rabatt bei Bezugnahme  
**Berno Häber, Friedr.-Wilhelm-Str. 3**  
88316  
**G. Schöner, Frankfurter Str. 115/117**  
Bücher - Trümpfen - Strümpfe  
88072  
**Blitz-Bezugsquelle für Karl Ulrich**  
Frankfurter Straße 168  
88071

**Breslau-Nord**  
**KÜCHENGERÄTE**  
Emaill., Zinkwaren etc.  
**W. Gasde - Bendersplatz 7**  
88351  
Reserviert  
**Genossen! Beachtet beim**  
**Einkauf unsere Inserenten!**